

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Abonnementpreis: 10 Pfennig Halle, Freitag, den 23. Dezember 1932 12. Jahrgang, Nr. 297

Organisiert den roten Vormarsch! — Alle Kräfte für die Vorbereitung der Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen!

Vormwärts in Gewerkschaft und Betrieb!

Organisiert den roten Vormarsch! — Alle Kräfte für die Vorbereitung der Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen!

Ortsverwaltung FVB Lützen erobert

Die Neuwahlen zu der Ortsverwaltung der Lützen des Fabrikarbeiterverbandes erntet einen glänzenden Sieg der Opposition. Wieder haben die freigeschäftlich organisierten Arbeiter eine Antwort an den Leiharbeiter-Kurs in den Gewerkschaften erteilt, die an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt.

Wehag rüstet zur Betriebsratwahl

In wenigen Wochen, voraussichtlich am 13. Januar, wird die Neuwahl des Betriebsrates in den Wehag-Betrieben in Halle stattfinden. Diese ehemals städtischen, jetzt durch den Bürgerblock und die Sozialdemokratie der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogenen Betriebe, Straßenbahn, Gas- und Wasserwerk, Elektrizitäts- und Fernheizwerk, galten mit ihren 1300 Mann starken Belegschaften bisher als Hochburg der SPD.

Die gesamte Ortsverwaltung, Bevollmächtigter, Stellvertreter und drei Beisitzer, wurden reiflich über die Opposition belehrt. Das Stimmverhältnis betrug bei allen Abstimmungen im Durchschnitt 10 für die Opposition, 10 für die Reformisten.

Die gewaltige Empörung der Wehag-Belegschaften über die Lohnabbaupolitik, die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Bunde mit dem reaktionären Räte-Magistrat durchführten, kam in einer Delegiertenkonferenz der Wehag-Betriebe zum Ausbruch, die von allen städtischen Betrieben mit Vertretern besetzt war.

Die Betriebsratwahl bei der Wehag muß zu einem Aufstakt für den siegreichen Vormarsch der Opposition bei den kommenden Betriebsratwahlen im ganzen Bezirk, zu einem Kanal der roten Einheitsfront werden!

Auf dem Hungermarsch nach Berlin

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 23. Dezember. Tausende von jugendlichen Heimkehrern befinden sich auf Hungermarsch nach Berlin. Wie mitgeteilt wird, hat diese umfangreiche Vorbereitung getroffen, um den Hungermarsch aufzuhalten. In den kleineren Orten sind Polizeikräfte, teilweise mit Maschinengewehren ausgestattet, stationiert.

Kartoffeln und Kohlen. Einige der Kriegsoffiziere brangen in das Amtszimmer des Magistrats Dr. Kobrak ein. Sie lieh die Polizei holen, die die Kriegsoffiziere mit dem Summtrüffel hinausjagte. In das der hielten sich weit über 100 Sozialisten, Frauen und Hinterbänkler aus der Kriegsoffiziere eingefunden, die von der Polizei aus dem Haus getrieben wurden.

Überall Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember. Dienstag, dem 20. Dezember, sammelten sich an der Kasse des Arbeitsamtes Große Frankfurter Straße Hunderte von Erwerbslosen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß Auszahlung mehr erfolgen würden, da „kein Geld da ist“.

Auch im Richtenberger Rathaus traten starke Delegationen auf, während sich draußen eine große Anzahl Erwerbsloser anfannte. Die Delegationen drangen in den Sitzungssaal.

Mitnippel gegen Kriegsbekämpfte

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember. Eine Gruppe von mehreren hundert Kriegsbekämpften, die zum Teil auf Krücken, zum Teil in Selbstmutilation, demonstrieren gestern Mittag, 1 Uhr, durch die Hauptstraßen des imperialistischen Krieges, die laute Hunderufen: „Wir wollen was haben in den Krieg, wir wollen was anziehen. Wir wollen Brot.“

Heraus mit John Scheer

Kämpft für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen (Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen den Immunitätsbruch, den die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten John Scheer darstellt, scharfe Beschlüsse eingelegt. Sie ist inzwischen an das Reichsinnenministerium weitergeleitet worden.

Freiheit allen antifaschistischen Kämpfern!



Die KPD verbindet ihren Gruß an die aus den Kerkern Entlassenen mit der Forderung auf Freilassung aller politisch-proletarischen Gefangenen!

Scheringer antwortet: Von mir nichts bekannt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember. Der Zentralvorstand der Roten Hilfe sandte folgendes Telegramm an einen in der Bielefelder Zeitung inhaftierten Genossen Scheringer: „Gesamte Presse meldet Deine Unterwerfung. Wann Unfug in Berlin.“ Am Nachmittag traf Scheringers Antwort ein: „Zwei Mann entlassen. Von mir nichts bekannt.“

Demonstrativer Empfang der Zellenecker

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Dezember. Gestern wurde in Moabit folgendes Urteil im Zellenecker-Fall gefällt: Auf Grund des Immunitätsrechtes wird das Verfahren gegen sämtliche Angeklagte eingestellt.

Als die proletarischen Angeklagten, die seit drei Monaten auf das Schlimmste gefoltert worden waren, das Gericht betreten, wurden sie von den Arbeitern auf das Herzlichste empfangen. In der Köhlerei Straße und Weddingstraße kamen die Hunderten auf das Gerüst hin aus den Säulern und es herrschte eine sehr begeisterte Stimmung.

Das französische Parlament hat dem Kabinett Boncour mit 365 zu 215 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

16
20
20
22
22
19
13
40
70
22
28
24
20
63
32
17
30
80
27
50
3
BE
RT
opzige
raße 4
orentropt
74
19
ng
nerd
o.

Vor neuer Teuerung

Neue Zollbelastung der Massen!

Kontingentierungsbeschlüsse der Schleicher-Regierung — Zölle für Weiskohl, Dickmilch, Öle und Kartoffeln vorbereitet — Dazu Margarineverteuerung

Die Schleicher-Bracht-Regierung hat am Mittwoch alarmierende Beschlüsse zugunsten der Großkapitalisten gefasst. Der „Täglichen Rundschau“ (vom 22. Dezember) zufolge hat das Kabinett die sofortige Kontingentierung (Beschränkung) der Einfuhr von Schmalz und von Kuhmilch beschlossen. Die entsprechende Verordnung soll noch vor Weihnachten erlassen werden; die Höhe dieser „Zollkontingente“ soll ungefähr zwei Drittel der bisherigen Einfuhr betragen.

Mit dem Ablauf des deutsch-holländischen Handelsvertrages am 1. Januar 1933 werden schließlich auch die Zölle für Weiskohl, für Kartoffeln, für eingedickte Milch und für eine Reihe von Exoten frei. Zum Kartoffeln wird wahrscheinlich der automatische Satz von 20% Markt in Kraft treten, während für die anderen Waren noch eine Erhöhung dieses autonomen Satzes erfolgen dürfte.

Darüber hinaus erlährt man noch aus der ebenfalls der Schleicher-Regierung nachstehenden „Berliner Börsen-Zeitung“ (Abendausgabe vom 21. Dezember):

„Was die Vorbereitung für die geplanten Zollerhöhungen betrifft, die einzutreten sollen, sobald wir in den nächsten Monaten von den Bindungen des Zugabilmündigen und Schwedischen Handelsvertrages frei werden, so will, wie verlautet, das Reichsernährungsministerium dem Kabinett vorzuschlagen, bezügliche Zollerhöhungen für Rindfleisch, Speck, Käse, Eier und Holz vorzunehmen.“

Schleicher hat in seiner Rundfunkrede mit „sozialer“ Geistesgestalt, daß eine Senkung der Arbeitseinkommen nicht mehr statthaft

den werde. Die neuen Kontingentierungsmaßnahmen, die beschleunigten Zollmaßnahmen und dazu die geplante Erhöhung der Margarine werden preissteigernd, bedeuten eine Verteuerung der Lebensmittel und damit eine Senkung der realen Löhne und Unterhaltungen.

Diese Politik wird unterstützt vor allem von der Hitler-Partei, die Schleicher isoliert. In die Nazisregierungen führen in Thüringen, Westfalen usw. noch Sozialisten und in Braunschweig noch eine besondere Margarinesteuer ein.

Die Sozialdemokratie und das Zentrum fördern die Schleicherische Zollpolitik, indem sie — die SPD verschleierte, das Zentrum offener — das Regime Schleicher-Bracht unterstützen.

Nur die KPD, die jetzt aus wütendster Verlogung wird, vertritt die Interessen der Arbeitermassen. Sie ruft alle Arbeiter zur verstärkten Einzelkämpferaktion gegen die neuen Belastungen durch Kontingentierungen und Zölle, für ausreichende Löhne und ausreichende Winterhilfe.

„Volksmargarine“-Verordnung liegt vor

(Eig. Drahtber.) Berlin, 23. Dezember.

Die Ministerordnung, welche die Befreiung von Butter zu Margarine und eine Fett-Kontingentierung bestimmt, liegt dem Reichspräsidenten vor. Die Butterbefreiung soll 25 Prozent betragen. Das bedeutet eine ungeheure Verteuerung der Margarine noch in diesem Monat, und zwar würde der Preis der Margarine teilweise um 20 Pf. pro Pfund steigen.

Leipzarts Schleicher-Interview bestätigt

Die Abfertigungsmanöver des „Volksblattes“ danebengegangen

Der „Klassenkampf“ hat gestern bereits darauf hingewiesen, daß das „Volksblatt“ nun nach nachdenklichem Schweigen sich behauptet, unter Verhöhnungen über das Interview Leipzarts seien „zusammengedröhnt“. Die Notiz über die „Volksblatt“ mit „Ausländisches Rechtsdiat als Kampfmittel der KPD-Vrelle gegen deutsche Arbeiter“. Dabei ist es doch Leipzart, der dem Vertreter dieses auslandischen Rechtsdiats, dem Berliner „Greif“, Gefährdungen abgeben hat. Dem „Volksblatt“ scheint diese „kleine“ Lachase entgangen zu sein.

Wir stellen zu dem Artikel des „Volksblatt“ vom Mittwoch noch einmal fest:

1. Es ist eine niederträchtige Lüge, daß Heinz Neumann eine Unterzeichnung mit Schleicher gehabt habe. Es sei noch einmal festgestellt, daß das „Volksblatt“ mit den üblichen Methoden politischer Kollaboration arbeitet und längst als verlogene erwiesene Mitteilungen nach wie vor weiterverbreitet.

2. Leipzart hat weder keine Verhandlungen mit Schleicher noch das Interview mit dem Berliner Korrespondent der Berliner Zeitung „Greif“ bestritten. Leipzart verfuhr in einer „Verächtigung“ im „Vorwärts“ lediglich, einige Formulierungen, die er gegenüber dem Korrespondenten gebraucht, zu torquieren. Den entscheidenden Satz im ganzen Interview, der folgenmaßen lautet:

„Was seine politische Vergangenheit anbelangt, haben wir dem Kanzler nichts vorzumerken. Die soziale Frage ist im Reichspräsidenten seiner Bemerkungen, und das Ziel meines Berichtes ist es, in den gewerkschaftlichen Kreisen eine Entspannung herbeizuführen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, ohne den Widerstand der Arbeiter ihre politische Tätigkeit entfalten zu können.“

hat er jedoch gar nicht erst versucht zu bestritten. Damit bestätigt er seine Richtigkeit.

3. Der genannte Korrespondent des „Greif“ hat in einer öffentlichen Erklärung noch einmal die Möglichkeit des von ihm veröffentlichten Interviews festgehalten und hat dabei daran erinnert, daß man es bei der KPD-Führung auch bei früheren Anlässen mit der Wahrheit nicht so genau nahm und Dinge abzutreten versuchte, die die Spagen bereits von allen Diktatoren pliffen. Er schreibt:

„Infolge der Demütigung des Herrn Leipzart, deren Ziel ist, auf jeden Unterzeichnung des Herrn Leipzart, die wichtigsten machen wollen, jedoch nicht gemungen, daran zu erinnern, daß der Gewerkschaftsführer bei verschiedenen Gelegenheiten, bei es persönlich, bei es durch sein Büro, in den entscheidenden Ausdrücken behauptet hat, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund niemals mit Herrn Schleicher verhandelt hätte. Dies zu einer Zeit, als die gut in der Berliner Berliner Kreise vollständig auf dem Laufen waren waren über diese Verhandlungen, die zur Zeit des Rücktritts des Herrn von Papen schon mehrere Wochen zurücklagen.“

Außerdem schreibt Leipzart im „Marn“, dem Organ der „Eiseren Front“, einen Artikel, in dem er erklärt, „die Gewerkschaften werden Schleicher nicht befehlen.“

Was ist also zusammengekommen? Welche Feststellungen, die den Tatsachen entsprechen oder die Lügen des „Volksblatt“?

Bundesgenossen der Amneftiegegner

Suttgart, den 22. Dezember.

In der Sitzung des Württembergischen Landtages vom Dienstag spielte sich ein bezeichnender Vorgang ab. Bekanntlich hatte die württembergische Regierung im Reichstag Einpruch gegen die Amneftie erhoben. Die Kommunisten beantragten nach der Zusammenkunft der Reichsratsitzung die Zurückziehung dieses Einpruches. Wie daraufhin dieser kommunistische Antrag mit 10 Stimmen Mehrheit angenommen wurde, erklärte der Staatspräsident Dr. Goltz (Zentrum) daß er auf diesen Beschluß nicht und daß die Regierung ihn nicht durchführt.

Die Kommunisten wollten sofort den Antrag, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen und den Landtag auflösen. Bei der Abstimmung enthielt sich die SPD zum Mißtrauensantrag der Stimme, während der Antrag auf Landtagauflösung von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt wurde, weil sie Neuwahlen fürchten.

Nach diesen unumstößlichen Tatsachen, die wir vorstehend über Leipzart veröffentlicht, haben die Gewerkschaftsmitglieder und SPD-Arbeiter wieder das Wort.

Protestiert gegen den Schleicher-Kurs Leipzarts! Verlangt in allen Verbänden und Versammlungen den Ausschluß Leipzarts!

Massenprotest gegen Leipzart!

Esuet, 22. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die Protestbewegung unter der freigebergesellschaftlich organisierten Arbeiterfront gegen den Schleicher-Kurs im NSDGB nimmt immer größeren Umfang an. Das „Thüringer Volksblatt“ meldet heute von folgenden Organisationen und Vereinen Protestentscheidungen gegen die Ausführungen Leipzarts, die er in seiner Unterredung mit dem französischen Korrespondenten des „Greif“ machte:

Ortsverwaltung des Zimmererverbandes Jena, Mitgliederversammlung des DFB Tambach-Dietzhar, Ortsverwaltung des Zimmererverbandes Tambach-Dietzhar, Gewerkschaftsleiter Jella-Welke, Betriebsrat der Firma Zühl & Schöcher, Kuhl, Beschäftigte und Funktionäre neuer Konsumgenossenschaft Kuhl, Mitgliederversammlung des Heimaterverbandes Kuhl, Arbeiterrat der Firma C. & F. Schlotzauer, Kuhl.

Sämtliche Entschlüsse enthalten eine scharfe Kampfanzeige gegen den Schleicher-Kurs der NSDGB-Vorstände.

Der Nazi-Krach geht weiter!

Weiter wachsende Zerkleinerung in den Reihen der NSDAP

Salle, 23. Dezember.

Inferen Mitteilungen über die Vorgänge bei den Nationalen Nazis und in der Gaultung haben dort große Unruhe hervorgerufen. Seit einigen Wochen traut er den Gaus und Kreisleitungen (wobei einer dem anderen nicht mehr glaubt) und dem anderen, daß er im Falle der neuen Konsumgenossenschaft Kuhl, die neuen Ereignisse die Vorgänge noch vergrößert.

Inzwischen ist aber in der SA und in der Wehrmacht bei der NSDAP die Unzufriedenheit mit der ganzen Politik der NSDAP weiter gewachsen. Wer jetzt in eine Zusammenkunft von Was oder SA-Leuten kommt, wird eine Stimmung feststellen, die noch mehr als die der SA ist, als sie vor der Annahme Hitlers in Halle war. Hitler hat die Mitteilungen im Gau und auch in Halle nicht etwa bereitigt, sondern die verächtlichsten Umstände seiner Annahme haben die Möglichkeit im Gau noch vergrößert. Aber Eingeweihte weiß, daß nicht die Abneigung der Massen des Braunes Hauses, sondern der Bericht des „Klassenkampf“ über jene Besprechung der Richtigkeit entspricht.

Wie wir weiter erfahren, gehen Vorhaben und Garmotung jetzt auf Suche in den einzelnen Gauformationen und bei den einzelnen Angehörigen, um herauszufinden, wer von den internen Vorgängen, die wir am Dienstag veröffentlichten, was Mitteilung gemacht haben kann. Vielleicht hoffen sie, bei dieser Arbeit doch noch ihre Wilden zu retten. Es gibt sich ja auch zu jenen Botschaften und Botschaften der NSDAP, über die Straßer in der „Schwarzen Front“ so schön schrieb: „dass alle Botschaften und Botschaften anstößig und die Futurtypen bräunten und herrschens Hände ledten, der die Tröge fällt!“

Hitlers Krokodilstränen

Otto Straßer äußert sich in der letzten Nummer der „Schwarzen Front“ zu den nationalsozialistischen Demütigungen gegen die von ihm veröffentlichten Berichte über die „Ausboctung Gregor Straßers“ durch Hitler. Er hält alles in vollem Umfang aufrecht — vor allem seine Angaben über die

12 Millionen Schuldenlast der Hitler-Partei

Es schreibt dazu: „Die amtliche Pressekorrespondenz der Hitler-Partei beschränkt die Behauptung auf eine „gemeine Lüge“. Abgesehen davon, daß sich diese Behauptung gegen Gregor Straßer richten würde, erklären wir uns bereit, in einem Kontroverproben den Beweis für die Millionenschulden der Hitler-Partei zu erbringen. Allerdings sollen wir dabei nicht auf die plumpe Ausrede

Neue Manöver der Mansfeld-WG

Die Presse meldet: „Befriedigender Stand der Subventionsverhandlungen“

Halle, den 23. Dezember. Die Mansfeld-WG legt ihre Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Staatsbehörden über die weitere Sicherung ihrer Millionen Subventionen fort. Damit im Zusammenhang liegt ja bekanntlich auch die Überführung der Kupferbetriebe der Mansfeld-WG in eine besondere Gesellschaft. Die Verhandlungen werden jedoch einen für die Mansfeld-Direktoren „befriedigenden Verlauf“ genommen. Es ist nicht ganz handelseinig geworden. Deshalb hat auch den

Stillelegungsantrag auf den 31. Januar nächsten Jahres verschoben.

Damit wird gleichzeitig bestätigt, daß das Ganze — wie wir bereits feststellten — nur ein Manöver der Mansfeld-WG ist, um sich die Subventionen zu sichern und den Lohnabzug zu subvertieren.

Die Arbeiter in Mansfeld-Pond dürfen nicht erlahmen der Mobilisierung gegen den Lohnabzug.

Massenentlassungen — Stillelegungen

Illustration zur „Wirtschaftsankurbelung“

WIZ meldet aus Delitzsch:

Dieser Tage ist der von der Provinz Hannover gepädigte St. Pauli-Club in Delitzsch, der sogenannte Spielklub, stillgelegt worden. Etwa 100 Arbeiter sind zur Entlassung gekommen. Die Firma Paase hat ihren St. Pauli-Club in Delitzsch stillgelegt. Die Hohlzucker-WG hat gleichfalls Einrichtungen genommen und entläßt einen Teil der Belegschaft. Grund zu den Stillelegungen soll die Zurückziehung von Aufträgen durch die Reichsbahn sein.

5 Millionen für die Kirche

Ein Skandal im Hungerlande Sachsen, das kein Geld für Winterhilfe hat

Leipzig, 22. Dezember. Bekanntlich hatte die evangelische Landeskirche den Reichs-Sachsen beim Staatsgerichtshof verklagt, weil ihr die Willkürzufüsse zur Unterhaltung ihres Kirchenbetriebes nicht hoch genug waren.

Der Staatsgerichtshof hat nun keine Entscheidung gefällt. Die Kirche erhält vom Hungerlande Sachsen neben 5 Millionen Mark noch monatlich hunderttausende zum Unterhalt der Pfarren.

Einige hunderttausend lachlicher Arbeiter hungern seit Monaten mit Frauen und Kindern. Sie haben keine Kohlen. Die Kirchen müssen wegen „Mangel“ an Kohlen lachigen. Aber die Kirche erhält Millionen.

Man hat sich das, was bisher bewilligt ist, noch nicht allen eingehaltene Festlegung über die Höhe der Summe soll sich ergeben.

Meuterei im Nazi-Arbeitsdienst

Naziführer holen die Polizei

Im nationalsozialistischen Arbeitsdienstoff in Frankfurt a. D. brach am 20. Dezember eine schwere Meuterei gegen die Leitung des Lagers aus. Die Arbeitsdienstoffler waren mit den Nationalen Nazis nicht einverstanden, außerdem sind im Lager die Nationalen Nazis nicht beliebt. Die Leiter des Lagers, die Naziführer, lehnten die Forderungen der Arbeitsdienstoffler ab und riefen die Polizei herbei. Ein Überfall begann und nahm mehrere Arbeitsdienstoffler fest. Das Lager jetzt aufgelöst worden.

Der Nazi-Krach geht weiter!

Weiter wachsende Zerkleinerung in den Reihen der NSDAP

hierin, daß die Partei keine beträchtlichen Schulden habe. Wir wissen natürlich, daß die Rechtsprechung nicht die Partei sondern zum kleinen Teil der „Arbeitervereine“, zum allergrößten Teil aber nominal Parteimitglieder der NSDAP, „über politisch sind das natürlich Schulden der Partei, die von den Nationalen Nazis nicht eingezogen werden, außerdem sind die Nationalen Nazis nicht beliebt. Die Leiter des Lagers, die Naziführer, lehnten die Forderungen der Arbeitsdienstoffler ab und riefen die Polizei herbei. Ein Überfall begann und nahm mehrere Arbeitsdienstoffler fest. Das Lager jetzt aufgelöst worden.

Otto Straßer schreibt aus schließlich die Vorgänge in der Reichstagsfraktion nach dem Bruch mit der Partei. als sie Hitler gegenüber ihr Treuegelübde nicht mehr halten konnte. Hitler hat dabei gemeint, sondern auch Gewerkschaften, und auch Dr. Goltz, „mit wem ich mich nicht abgeben kann“ daneben gelanden. Die „Schwarze Front“ will nur den Wahlsitzbeweis für die Schilderung erbringen.

10 Gerling-Millionen für Hitler

Eine Berliner Kreiszeitung brachte im November auch eine Behauptung, daß der bekannte Gerling-Beziehungsangehörige im Jahre 1930 bis 1932 der Bauinspizient der Hitlerbewegung gewesen sei. Dieser Konzern allein habe dem Braunes Haus zwischen 10 bis 12 Millionen Reichsmark in dem genannten Zeitraum zuzuführen lassen.

Diese Feststellung konnte die jetzt von dem Konzern und Braunes Haus nicht bestritten werden. Interessant ist, daß ein Einbruch der Direktoren des Konzerns hin den Nationalen Nazis abgeben, monach diese Behauptungen nicht immer dem Verantwortlichen meigerten sich jedoch, diese Erklärung geben.

Pflichtarbeiterfreit in Wolfersode

Die Wolfersode wird uns mitgeteilt:

Das zur Pflichtarbeit verurteilten Wohlfrühunterstützung empfangen haben geschlossen die Arbeit niedergelegt. Die händlich ging die Gemeindevorwaltung dazu über, die Maßnahmen zu treffen. Es wurden nur die Familienangehörigen gesucht und damit die Unterhaltung von 12,50 Mark an den Tag abgezogen, was auf 6,50 Mark reduziert. In dieser Unterhaltung brauchte der Führer des Dritten Reiches die Zustimmung des Landrates.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde über die nationalen Götzen gemeinsam mit den SPD-Berichterstatter die Errichtung von Arbeitsdienstoffern.

GE
Die D
Dieses Zit
Wir wieder
Büro
ermö
sich o
auf die G
schlich
werden,
Ums
gelöst.
Die Polit
erhalten
ein Ho
den Beleg
werden, w
die abge
Sich dann
auf die G
lung der
ere Senk
be, versta
kollekt
scheidung
amples, den
ber die ref
berichtet, h
sige Ma
Zum Ber
in
Für diesen
auf sich
nen. Sie
er in die
für die D
Schleiche
ren helfe
Ue

Der 15. Jahrestag der DGPU.

Das geächtete Schwert der Revolution

Die gesamte Sowjetpresse ist dem 15. Jahrestag der DGPU gewidmet. Sie bringt zahlreiche Begrüßungen der Arbeiterorganisationen, der Parteikomitees, der Sowjetregierung und anderer Sowjet- und Gesellschaftsorganisationen. Die Begrüßung des Genossen Stalin lautet:

„Gruß den Mitarbeitern und Kämpfern der DGPU, die ebenso und mancher ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft und der Bauernschaft der Sowjetunion erfüllt haben. Ich wünsche Erfolg dem inneren Werte der Ausrottung der Feinde der proletarischen Diktatur. Es lebe die DGPU, das geächtete Schwert der Arbeiterschaft!“

Die Begrüßung des Zentralerziehungskomitees der Sowjetunion lautet:

„Das Präsidium des Zentralerziehungskomitees der Sowjetunion stellt, daß die Mitarbeiter der DGPU, gestützt auf die großen Kampferfahrungen der Arbeiterschaft bei der Föhrung der proletarischen Diktatur, auch weiterhin die Sowjets heilsam vertheidigen werden gegen jegliche Anschläge auf ihre Macht und Stürkung.“

Die Beschlüsse der Versammlungen des Autogewerks „Die Roten“ heißen:

„Die DGPU, — diese Worte rufen Schrecken bei den Feinden des Sozialismus hervor und erwecken Liebe bei den Arbeitern und den Werktätigen des großen Sowjetlandes. Darin beruht auch die Kraft der DGPU, daß sie, auf Millionen Proletarier und Kollaboranten unseres Landes gestützt, für die Interessen der Arbeiter des Sozialismus in anderem Lande eintritt, einen unangenehmen Kampf gegen alle Feinde der Revolution führt und ihren wird.“

Kriegstransport nach Japan aufgehalten!

London, 22. Dezember. Die Presse berichtet, daß das Schiff „Caronia“, das früher der Cunard-Linie gehörte und vor kurzem von Japan angefaßt wurde, dem Schein nach zum Abwracken in Westafrika aber für die Beförderung von Kriegsmaterial aus Europa, an der Westküste des Nordatlantischen Ozean verhindert worden ist, da über die vier Dampmaschinen des Schiffes Schweißläufer gestossen wurde. Der versuchte Abbruch wird auf mehr als 1000 Pfund geschätzt.

Der sozialdemokratische „Daily Herald“ stellt empört in Abrede, daß das Schiff mit Kriegsmaterialien beladen gewesen sei, und behauptet, die Kommission, „diejen Anschlag“ verübt zu haben.

Kleine Meldungen

Ungehöriges Klassenurteil gegen Arbeiter in der Schweiz. Der schweizerische Emigrant, Genosse Joddi, wurde von einem schweizer Gericht wegen angeblichen Mordversuchs zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er gegen die Brovokationen der Mussolini-Exilist in Wehr getreten sei. Dieses Urteil hat eine gewaltige Empörung der gesamten schweizer Arbeiterschaft hervorgerufen.

Zerstreute gegen rüstliche Kommunisten. Das Staburteil nicht verurteilte 17 Arbeiter, darunter eine angehende deutsche Kommunistin namens Wilder, zu Strafen von drei bis sieben Jahren Gefängnis.

Streik mit Verleibebefehl in zumähdlichem Bergwerk. Die Arbeiter des Bergwerkes Bafaja sind in den Streik getreten, um die Auszahlung der rückständigen Löhne zu erlangen. Sie haben die Schächte besetzt. Es ist dies der erste Fall einer Verleibebefehl durch die Arbeiter in Rumänien.

Erneute Ablehnung der Auslieferung Spinnewegs. Der kommunistische Genosse in Tokio hat den Sowjetbotschafter Trojanski beauftragt, im Verlauf der Unterredung teilte der Sowjetbotschafter im Auftrag der Sowjetregierung mit, daß die Sowjetunion es ablehne, Spinneweg und seine Begleitung auszuliefern. Im übrigen könne diese Frage nicht weiter Gegenstand der Verhandlungen sein, da zwischen der Sowjetunion und der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen bestehen.

Freie Antifomjethete der „Germania“

Berückte Aufforderung zum Bruch der diplomatischen Exterritorialität der Sowjetvertretungen Gesteigerte Antifomjethetkampagne des deutschen Imperialismus

In einem Artikel „Fünfzehn Jahre DGPU“ in der „Germania“, seit langem jenes jener Organe der deutschen Bourgeoisie, die zur Intervention gegen die Sowjetunion treiben, folgende schamlose Antifomjethete:

„In jenen Staaten, in welchen amtliche Vertretungen der Sowjetunion akkreditiert sind, befindet sich unter dem Schutz diplomatischer Immunität ein Bevollmächtigter der DGPU, der „offiziell“ als Sekretär oder Aktivist geführt wird. Dasselbe gilt von den Handelsvertretungen der Sowjets, die, wenn exterritorial, wegen ihres größeren Tätigkeitsbereiches in gleicher Weise dem Schutz vornehmenden Bevollmächtigten noch ähnlicher Möglichkeiten besitzen. ... Den speziellen Kontrakt der Kommintern, welche ebenfalls in allen Ländern der Erde anzutreffen sind, haben sie ebenfalls an Hand zu gehen; hierbei handelt es sich um die Unterwerfung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der bürgerlichen Staaten.“

Diese unverschämten lächerlichen Behauptungen qualifizieren den verächtlichen Antifomjetheten der deutschen Bourgeoisie. Es ist bekannt, daß eine ähnliche Forderung seitens der Sowjetunion auf die Handelsvertretung der UdSSR und später auch in England auf die Sowjethandelsgesellschaft „Aros“ geführt hat. Daß diese

Behauptung nicht etwa zufällig ist, beweist ein Artikel in der „Berliner Zeitung“, in dem in das gleiche Horn geblasen wird. In einer Betrachtung über die proletarischen Hungerdemonstrationen schreibt dieses Blatt u. a.:

„Die durch die Mähdarbeit nahezu alle Staaten demütigt werden, wird wieder der Scheitern einer Antifomjetheten-Konferenz in den Vordergrund gerückt, auf der diese internationale Konferenz erörtert werden soll. Die Sowjetregierung befreit allerdings, mit diesen Behauptungen in Verbindung zu stehen. Man wird aber auf diese Ablehnung nicht viel Wert legen können.“

Diese Methode ähnelt aus jener Antifomjethete, die in der letzten Zeit nach der Kündigung des Handelsvertrages von den englischen Konventionen betrieben wird. Sie ähnelt dieser Methode so sehr, daß man überzeugt sein kann, daß die Kriegstreiber in der „Germania“ und in der „Berliner Zeitung“ nicht nur aus den Quellen des deutschen Finanzkapitals, sondern auch aus der Werkstatt des Kolonialisten Dettinger gepulvert werden. Wie dem auch sei, das deutsche Proletariat muß aus diesen lächerlichen Ausfällen der deutschen imperialistischen Presse erkennen, welche verwerflichen Pläne von der deutschen Bourgeoisie vorbereitet werden. Diese Pläne müssen an dem ehernen Widerstand der Werktätigen scheitern.

Die Kriegsverschwörer von Belgrad

Gefährliche Ergebnisse der Konferenz der kleinen Entente

Belgrad, 22. Dezember. Die Konferenz der kleinen Entente ist beendet. Ueber die Einzelheiten der dort gepflogenen Verhandlungen wird strenges Stillschweigen bewahrt. Als vorläufiges Resultat der Konferenz wird gemeldet, daß die kleinen Entente-Mächte beschlossen haben, ein künftiges Sekretariat der kleinen Entente mit dem Sitz in Genf einzurichten. Die Bedeutung einer solchen Zentralisierung der kleinen Entente darf angesichts der zunehmenden Verjährung der imperialistischen Gegensätze vom Standpunkt der Kriegsgefahr nicht unterschätzt werden. Sie soll zweifellos ein fröhliches Gegenengewicht gegenüber den italienischen Plotsplänen in Zentral-Europa bilden und die Möglichkeit geben, jederzeit schnell die Militärmacht der drei Staaten im Falle des Ausbruchs eines offenen Konflikts einzulegen.

Die französische Regierungspresse betont ausdrücklich, daß die Konferenz der kleinen Entente dem Zweck gedient habe, die Auszeichnung der Verträge von 1918 und 1919 zu sichern und einen festen Widerstand gegen gewisse imper-

ialistische Pläne“ (gemeint sind die Geheimbündnisse Angarno-Italien) zu organisieren. Es ist merkwürdig, wie die Imperialisten, in deren Sprachgebrauch sonst das Wort „imperialistisch“ als verpönt gilt, diese Bezeichnung jetzt gern wählen, wenn es sich um Pläne eines Gegners handelt.

Erdtlich verzeichnet die französische Regierungspresse auch mit stiller Verleibebefehl, daß die kleine Entente beschlossen habe, daß der italienische räumliche Freundchaftsvertrag, der in diesen Tagen abgelaufen, nicht wieder verlängert wird, falls Italien die Ablehnung stellt, daß Rumänien sich im Konfliktfall zwischen Italien und einer dritten Macht (nämlich Frankreich und Jugoslawien) neutral verhalten müsse.

Wenn nicht schon die chauvinistischen Demonstrationen in Italien und Jugoslawien, der Notenwechsel zwischen den beiden imperialistischen Regierungen die außerordentliche Verjährung der imperialistischen Gegensätze in Süd-Europa und am Mittelmeer erweisen können, so würden allein schon die im Zusammenhang mit der Konferenz der kleinen Entente mitgeteilten Tatsachen genügen, um dem Proletariat zu zeigen, welche großen Gefahren an diesem Knotenpunkt der imperialistischen Konflikte erneut heraufzuziehen. Vergessen wir niemals, daß es in der Gegenwart all dieser imperialistischen Konflikte liegt, sich in den Dunkelkammern diplomatischer Stillschweigen zu entwickeln, daß aber, wie beim letzten Weltkriege, ein einziger Funke genügt, um das ganze Balkanvorgebirge in Brand zu setzen. Das Proletariat muß seine Revolutionäre demgemäß festigen. Darin besteht der große Sinn der revolutionären Antifomjethetkampagne, die in allen imperialistischen Ländern von der Tagung des Weltkomitees gegen den imperialistischen Krieg in Paris ausgeht. Gegenüber der chauvinistischen Welle, die von der Bourgeoisie auch in Deutschland bestärkt organisiert wird, um die ideologische Grundlage für den neuen imperialistischen Krieg zu schaffen, muß das Proletariat das brüderliche Band mit den Werktätigen aller Länder stärken. Diese Antifomjethetkampagne muß den Kriegstreibern in Deutschland in allen imperialistischen Ländern beweisen, daß sie Sturm ernten werden, wenn sie Wind säen!

Neuer Straßenbahnerstreik in Tokio

Tokio, 22. Dezember. Die Straßenbahner von Tokio arbeiten unter ganz besonders schlechten Bedingungen. Gegen einen neuen Anstieg der Unternehmer auf die Löhne und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen traten über 300 Straßenbahner Taktos der Vorarbeiter in Tomogama in einen Streik, der von den revolutionären Transportarbeitergesellschaften geführt wird. Der Streik wird trotz Mahnungen der Direktion, die bereits 33 aktuelle Streikbrecher entlassen hat, und trotz Polizeierzornes durchgeführt. Die Straßenbahner, die bereits jahrelang angestellt sind, werden als „Arbeitsgeber“ betrachtet und erhalten die Löhne nach der tiefsten Lohnstufe. Es haben keinen freien Tag. Diese Mahnungen der Direktion richtet sich der gegenwärtige Kampf!

Tschu-Mo brachte alle Grundbesitzer, die in Hal-Feng ihren Wohnsitz haben, in Zukunft. Die Bezirksbeamten Tschu-Jue-Bo, der sich im Lichtpunkt der Verammlung ein, an der über hundert Grundbesitzer und hohe Beamte teilnahmen, darunter Vertreter der Behörden und verschiedene einflussreiche Persönlichkeiten. Es war ein imposanter Anblick — alle die langen Seidenröcke, die Seidenwesten, die vielen goldgelbten Krallen, die goldenen Uhren und Ketten, die runden Gesichter und die vorgezogenen Schermbürde.

Vorsitzender war Tschu-Juen-Bo. „Gemeinlich Eigentum, gemeinsame Frauen, das ist es, was nach der Bauernband trachtet“, führte er aus. „Von Bauernband werden die Richter befreit, die Grundbesitzer bestraft. Wir haben den Grund und Boden für unser lauer erwerbendes Geld gekauft, wir zahlen die Grundsteuer; alles Eigentum muß einen Herrn über sich haben, dieses Geld gilt im Himmel wie auf Erden. Der Schilling Peng-Paj aber hegt die unmissenden Bauern auf, er schürt zum Aufbruch. Wie ihnen nicht rechtzeitig Einhalt geboten, so würde uns schlimm ergehen und der Regierung auch. Die Grundbesitzer werden keine Grundsteuer zahlen können, die Steuerfälle wird leer bleiben. Es kann aber noch schlimmer werden, es kann zu einem Aufstand kommen.“

Diese Rede wurde mit lauten Beifall aufgenommen. „Kan To Sin, Grundbesitzer und Beamter, brachte den Vorschlag ein, als Gegenstück zum Bauernband einen Verband der Grundbesitzer zu gründen. Der Vorschlag fand lebhaften Anklang, dem Vorsitzenden wurde die Ausarbeitung der Satzung übertragen. Darauf erglitt Tschu-Kai-Tsin, ebenfalls eine führende Persönlichkeit, das Wort.

„Der Richter Tschu-Mo ist, fast nach der Weise des Bauernbundes. Es kümmert sich weder um uns, noch um unsere Interessen. Es das nicht empören? Ich schlage vor, daß wir ihn aufsuchen und ihm ein Ultimatum stellen: entweder er läßt die Richter des Tschu-Mo verhaften — oder wir setzen ihn den Weisheit.“

Erneutes Beifallsstürmen. Als der Richter Tschu-Mo von der Sache erfuhr, wußte er nicht aus noch ein. Tschu-Kai-Tsin langte ihn gehörig ab und verlangte, er solle die Richter unerschrocken festnehmen lassen. „Soll gehen, soll gehen“, — wiederholte der Richter ein ums andere Mal unaufhörlich wieder. Es mußten aber noch beide Parteien zur Vernehmung geladen werden.“

Tschu-Mo beantragte, die Vernehmung solle in Gegenwart der Vertreter des neu gegründeten „Schutzverbandes der Steuerzahler“ stattfinden. Der Richter gab auch hierin nach.

Zwei Tage darauf ließ Tschu-Mo durch den Bauernband die Richter vorladen. Dies kam zu unerwartet, daß wir eine außerordentliche Beratung des Bauernbundes einberiefen.

Anfangs beschloß der Bauernband, seinerzeit Vertreter zur Vernehmung zu entlassen; doch blieb uns keine Zeit mehr, die notwendigen Formalitäten zu erledigen. Außerdem handelte es sich ja um einen Zivilprozeß und im Zivilprozeß dürfen die Angeklagten vor dem Urteilspruch in keinem Falle verhaftet werden. Daher konnten die Richter unbedeutend zur Verhandlung erscheinen, die Vertreter des Bauernbundes aber würden nicht unerwartet lassen, um Zutritt zum Gerichtssaal zu erlangen. Alle waren hier mit einverstanden.

Es wurde schon zum Aufbruch gerüstet, als folgende Mitteilung eintraf:

„Der Schutzverband der Steuerzahler hat eine Rote von Beamten erwidern gebunden, die an den Dip- und Nordorten der Stadt im Hinterhause liegen, um über euch herzufallen, sobald ihr euch der Stadt nähert.“

Das machte uns abbreiten, daß die Angeklagten sich zuerst auf den Weg machen, die Richter hin aber herbeizulassen sollten. Am Gerichtssaal hatten sich 70 bis 80 der mächtigsten Bauern und Grundbesitzer eingegeben. Der Richter war ganz verbezt, nahm keine richtige Vernehmung vor, sondern gab sofort den Befehl, man solle die Richter festnehmen und ins Gefängnis werfen. Die „Herren“ hatten alle vollständige Genugtuung erhalten, — sie gingen befreit heim.

Dem Vorgehen des Richters, der in Mißachtung des Gesetzes Unschuldige willkürlich verhaften ließ, konnte nur Gewalt entgegengelegt werden. Sofort wurde eine außerordentliche Versammlung aller Bezirksbeamten einberufen, die den Befehl folgten, am nächsten Tage beim Gericht eine Massenpetition einzureichen.

Noch in derselben Nacht wurden alle mobil gemacht. Mehr als vierzig Wagen wurden über Land geschickt, um den Bezirksbeamten mitzugeben, daß alle sich um zehn Uhr früh in Bundapa zu verammeln hätten.

Am nächsten Morgen fanden sich über lebstehende Genossen, rote Rabatten in den Händen, am Treffpunkt ein.

So hielt ein Anmarsch.

Fortsetzung folgt

Weng-sai Das Rote Mai-Feng

DEM CHINESISCHEN Fortsetzung
Die Polizisten schlugen auf Tsu-Kun ein und schlepten ihn zum Fiedeln Hun-Kun, wo er seine Kleider auf dem Boden für 6 Mao (60 Cent) verlegte, die er den Polizisten zum Kauf gab. Nachdem ein ortsanfälliger Kaufmann auf Tsu-Kun's Bitten hin für das dafür verlegte, daß die fehlende Summe innerhalb zweier Tage erlegt werden würde, erhielt Tsu-Kun die Freiheit wieder.
Am nächsten Tage stellte sich Tsu-Kun mit dem Gelde im Handel ein und erstattete getrennt Bericht über das Geschehene, motauf der Bund folgende Tat: „Sage Weng-sai, falls sie die nach Zahlung eines Mao für die Zahlung Geld abverlangen, daß das Geld im Bauernband liegt und daß sie sich an uns wenden sollen.“
Darauf erhielten die Richter die Befehle, wie sie sich bei Vernehmung zu verhalten sollten und stellten sich im Bericht. Der Richter mündete sich an Tschu-Mo und führte aus, die von jenen die Richter erhobene Anschuldigung, sie hätten Land gestreut, müsse, da der Kläger keinerlei Beweise erbringen konnte, zurückgewiesen werden.
Tschu-Mo war anfänglich ganz betreten, behauptete dann aber, er wolle erbringen könne — und zwar schon in der dem Gerichtssitzung. Der Richter erklärte die Verhandlung für beendet.
Die Bitte der Richter, ihnen die Vorladung künftighin durch Bauernband zuzustellen, wurde vom Richter bewilligt. Damit die Angeklagten erwidert.
„Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Grundbesitzer, der einen Bauern klagt, abgewiesen wurde“, behauptete sich Tschu-Mo bei den anderen Grundbesitzern. „Darum ist nur der Grund schuld. Wir dürfen die Gelegenheit nicht zu verpassen, nicht darübergehen lassen — sonst wird er uns allen verurteilt werden.“
Darauf behauptete er, der Richter Tschu-Mo solle sich vom Bauernband lassen.

Arbeit und Brot durch Seltgelage

Wie die Nazis das Arbeitslosenproblem lösen — Ein Blick in den „Völkischen Beobachter“

Der „Völkische Beobachter“ bringt fast täglich die Mitteilung, daß dort, wo die Nazis herrschen, Arbeit und Brot geschaffen wird. Geht man der Sache nach, so findet man, daß das Gland in Thüringen verhältnismäßig größer ist, als wo anders. Das gleiche ist auch in Mecklenburg und Oldenburg der Fall. Anstatt Arbeit und Brot haben sie dort überall Schlachthäuser eingeführt, die Wohlfahrt gekürzt und so das Leben der Arbeitslosen noch mehr erschwert.

Vor einigen Tagen veränderte Hitler in Hamburg, daß er sein Geheimnis, wie er Arbeit und Brot zu schaffen gedenkt, unter seinen Umständen preisgeben will, und es vorläufig unter Verschluß hält. Es gibt keine Macht der Welt, so erklärte er, die ihn zwingen könne, das Geheimnis preiszugeben, bevor er nicht mit dem Reichsanwalt abgesehen ist. Auf den ersten Blick scheint also die Frage so zu stehen: Entweder man gibt Hitler die Macht, oder die Massen können verhungern. Auf andere Weise, d. h. billiger, gibt er es nicht her; sein Geheimnis nämlich. Nun ist es uns doch gelungen, hinter das Geheimnis zu kommen, und wir wollen es der Öffentlichkeit verraten. Ein Bild in den Instruktionen des „Völkischen Beobachters“ hat uns das große Geheimnis verraten. Dort lesen wir nämlich:

„Wer Sekt trinkt, lindert deutsche Not, fällt „Henkell Trocken“ in die Gläser.“

Ihr gebt ja tausend Deutschen Brot, Vom Winzer bis zum Flaschenbläser.“

Wie einfach und doch wie erhaben! Man stelle sich folgendes vor: Sechs Millionen Arbeitslose trinken Sekt, jeder mindestens zwei Liter am Tag. Das ergibt zusammen 12 Millionen Liter am Tag. Und die Arbeitstätigkeiten, die damit geschaffen werden, sind gar nicht zu übersehen. Und wieviel Geld das einbringt! Sehr billig ist die Geschichte nämlich nicht. Im „Völkischen Beobachter“ ist gleich der Preis angegeben: Die Literflasche „Henkell-Trocken“ 4,90 Mark. Es würde also ungefähr für 120 Millionen Mark am Tag konsumiert werden. Allein von den Arbeitslosen. Und wenn erst die Nazis so weit sind, daß das ganze deutsche Volk ihren Karolen folgt, dann wird man aus der Arbeit gar nicht mehr herauskommen, dann könnte man ganz Deutschland mit Sekt und Glasbläserlei erfüllen.

Das also ist das Nazi-Arbeitsbeschaffungsprogramm! Trinkt Sekt! Oder ist das nur so gedacht, daß der eine Teil des Volkes, so zulegen die „Leinen Herren“, den Sekt trinken und die anderen die Gläser blasen? Immerhin, eine solche immerwährende Erhöhung der Arbeitslosen als dieses Instruktur im Organ einer Partei, die sich Deutsche Arbeiterpartei nennt, kann man sich kaum vorstellen.

Glosse vom Tage Hitlers Sterndeuter vor Gericht

Sicher ist nicht nur sein eigener Religionskritiker, sondern er befiht bekanntlich aus eigenen Hauspropeten und Sternendeuter in der Person Erich Hanussen, der Mitglied einer böhmisch-jüdischen Gemeinde ist — aber das hat nichts zu tun.

Nun steht Hanussen vor Gericht. Wasagen? Das ganze erinnert an die Geschichte mit jenem Wundermann, den man an einem Zigeunertag in einen gutgepflegten Wintergarten geführt und ihm frische Kirichen gezeigt hat. Kunstfisch, jagte der Wundermann, solche frische Kirichen, wie ihr sie mit jetzt zeigt, habe ich schon vor sechs Monaten gesehen.

Getreuzt ist der Kennfahner Ruff: Robtowicz bei einem Rennen auf der Aous tödlich verunglückt. Als Hanussen dies vernahm, jagte er wörtlich: „Das habe ich schon früher gewagt.“ Nun machte jemand Hanussen zum Wortwirt, daß er am Tage Robtowicz mitschuldig sei. Denn entweder hat er es tatsächlich gewagt, wäre es seine Pflicht gewesen, ihn zu warnen, oder hat er die Sterne dazu veranlaßt, Robtowicz in Anglist zu führen, oder hat er es ebenfalls nur in der Zeitung erfahren und hat damit gepörscht, oder er ist ein ganz gewöhnlicher Lügner.

Als Prophet Hitlers kann selbstverständlich Hanussen eine solche Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen und er verlagte seine Beschuldigung vor Gericht.

Wie das Urteil ausfallen wird? Wenn Hanussen es noch nicht weiß, der ein Stern- und Fernleser ist, wie sollen wir das wissen? Bierzehn Mal hat Hanussen in diesem Jahr Hitler verurteilt, daß er noch bevor das Jahr 1932 seinem Ende sich neigt, als deutscher Mussolini thronen werde.

Nach in diesem Falle haben die Sterne Hanussen betrogen. Wem soll man heute noch glauben? . . .

Züriforgliche Stadtväter

Tosio, 22. Dezember. Gegen 90 Mitglieder des Stadtrats von Tosio war wochenlang wegen passiver Bestechung verhandelt worden. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung von 11 Stadträten zu Gefängnis, 14 wurden zwar für schuldig erklärt, erhielten aber Bewährungsfrist, 5 wurden freigesprochen. Gegenstand der Anklage war der Abschluß verschiedener Verträge, die während des Wiederaufbaus nach dem letzten großen Erdbeben mit Firmen abgeschlossen worden waren.

Durchbürgermeister Vög von Berlin — Jimmy Walker in New York und die Losfoter Stadträte — alle sorgten sie in gleichem Maße für das „Wohl“ der Bevölkerung.

Ein Todesurteil

Vom Schurgericht Passau wurde die 45jährige Bäuerin Theres Strahl wegen Giftmordes zum Tode verurteilt. Theres Strahl hatte im Juli 1920 ihren Mann nach der Heimkehr von einer Jagd eine vergiftete Mehlspeise vorgesetzt, an deren Genuß Strahl zwei Tage später starb.

Der Abbau der Prohibition

Washington, 22. Dezember. Das Repräsentantenhaus hat heute die Gesetzesvorlage, die die Spiritus- und den Kuchensalz 3 Prozentigen Bieres geltend, angenommen. Die Annahme erfolgte mit 230 gegen 165 Stimmen. Die Vorlage geht jetzt dem Senat zu.

Die Not der amerikanischen Farmer

Ist eine ungeheure. Während Getreideladungen versenkt werden, hungern Millionen Farmer. Ihre Lage ist nicht besser als die der Arbeitslosen. Nun marschieren aus allen Teilen der USA. zunehmende Farmer nach Washington. Unser Bild zeigt eine Farmerabordnung in einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten Curtius.



Aus aller Welt Brandkatastrophe in Chicago

Infolge einer Explosion brach heute in einem Mietshaus ein Brand aus, der, wie man befürchtet, zahlreiche Todesopfer forderte.

Eine Leiche konnte bereits geborgen werden. Mehrere Personen erlitten durch Sprünge aus den Fenstern des zweiten und dritten Stockes Verletzungen. Sechzehn Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Explosion in einer Schlosserwerkstatt

Der Schlosser Georg Kunge in Lumenthal kam in der Werkstatt mit einem Schweißapparat einem leeren Benzinfaß zu nahe. Die im Benzinfaß enthaltenen Gase explodierten und rissen das Faß auseinander. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß der Boden des Hauses durch die Decke flog und sämtliche Scherben der Werkstatt getrimmert wurden. Der Schlosser Kunge, der bei der Arbeit gefangen hatte, wurde durch die Zeit herausgeschleudert, während Kunge selbst starke Schnittwunden erlitt und in das Köpfer Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sprengstoffe im Brennholz

Das Opfer eines gefährlichen Raufactes wurde ein in der Siedlung Zielenzig wohnhafter Arbeiter. Ein bisher nicht ermittelte Täter hatte das Feuerholz angezündet und in die Wohnräume Infanteriepatronen geschleudert. Der nichtsahnenden Hausfrau wurde durch die Explosion der ganze Rückenherd auseinandergerissen.

Das französische Marinetransportschiff „Seine“ ist im Golf von Gascogne in einen schweren Sturm geraten und ist gesunken. Die 69 Mann starke Besatzung wurde von anderen Schiffen an Bord genommen.

Der frühere Direktor der Elektrizitätsgenossenschaft Südwest-Oberlanten, Dr. Dittmann, wurde wegen fortgesetzter Untreue und Bilanzverfälschung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 1300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der britische Dampfer „Gartes Head“ ist auf der Höhe von Seaborn Harbour mit dem Dampfer „Miranda“ zusammengefahren und gesunken. Der Kapitän und sieben Mann der Besatzung ertranken.

An der Untergangsstelle des Segelschiffes „Niobe“ wurde die Leiche des Signalgefreiten von Gemmern, der mit der „Niobe“ untergegangen ist, geborgen.

Drei Schüler ertrunken

Auf der noch schmalen Eisdecke des Sees bei Kirsh. Iainen im Landteile Allenstein sind die sechs bzw. elfjährigen Schüler Eduard und Hugo Korczak und Hubert Wlatten ertrunken und ertrunken. Die Leichen konnten geborgen werden. Die Mutter Eduard und Hugo Korczaks, eine Witwe, hat auf diese Weise ihre beiden einzigen Kinder verloren.

Wissenschaftliche Expeditionen

„Auf dem Territorium von Sowjet-Tadschikistan 'ollen Arbeiten in Angriff genommen werden, wie sie die Welt noch nicht gekannt hat“

Eine Expedition der Akademie der Wissenschaften hat in Tadschikistan eine kolossale wissenschaftliche Forschungsarbeit durchgeführt. Die Brigade der Akademie, die sich in vier Gruppen teilte, hat die Hauptproben des industriellen und landwirtschaftlichen Aufbaus in Tadschikistan besucht. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Studium des Aufbaus der Bewässerungsanlagen in der Tadschik-Ebene geschenkt. Auf einer Sitzung, die den Ergebnissen der Arbeiten der Expedition in Tadschikistan gewidmet war, erklärte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Genosse Komarow: „Auf dem Territorium Tadschikistans liegt uns eine derartige Arbeit bevor, wie sie die Welt noch nicht kannte.“

Außerdem wurden die Probleme des Baumwollbaus, der Ausnutzung der energetischen Ressourcen, der Chemisierung der Landwirtschaft usw. eingehend behandelt.

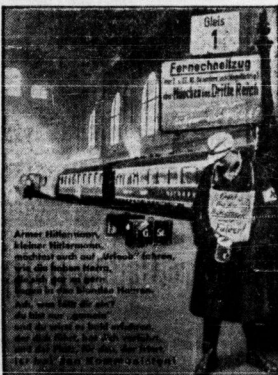
Die Expeditionen nach Pamir haben ihre Geschichte, die ein Zeugnis für das große wissenschaftliche, ökonomische und ethnographische Interesse für dieses Gebiet ablegt. Die letzte Expedition wurde auf Initiative der Tadschikischen Regierung und der Akademie der Wissenschaften veranstaltet. Die Expedition war mit der kompletten wissenschaftlichen Forschungsarbeit betraut, und hat Pamir, das zentrale und südliche Tadschikistan erforscht. Der nördliche Teil der Republik, der in wissenschaftlicher Hinsicht bereits erforscht ist, wurde nicht berührt. Die Arbeit wurde in außerordentlich schweren Gebirgsverhältnissen durchgeführt.

Der Volksoffiziantenrat in Tadschikistan hat zusammen mit der Brigade der Akademie der Wissenschaften die Zulassung der Expedition in Stalinabad zu organisierenden Maßnahmen der Akademie festgelegt.

In nächster Zeit soll ein staatliches Museum in Tadschikistan eröffnet werden und in Moskau eine große Ausstellung der Produktfrüchte des sozialistischen Aufbaus in Tadschikistan veranstaltet werden. In der ersten Hälfte des Jahres 1933 wird die Akademie die Werke der Tadschikistaner Expedition in der Größe von 350 Druckbogen herausgeben.

In Stalinabad wird ein Observatorium gebaut werden, das allerhöchste in der UdSSR.

Zur „Bearbeitung“ Gregor Strässers durch Hitler Kleiner SA-Mann, was nun?



Aus der A.Z.

Berichterstatter: Walter H. Berlin, Berlin.



Freitag, den 23. Dezember 1932.

Die Saalefante heßt

Eine gerade erbärmliche Beschimpfung der Klassenlosen, die aus dem Kirchortsaalgebäude auf Grund der Anweisung entlassen wurden, oder werden, leidet sich das Stahlhelm-Strap, die Saalefante.

Heute, 20 Uhr, im „Volkspark“

Empfangskundgebung für die befreiten Klassengenossen — Eintritt 10 Pfennig Die Parteimitglieder nehmen restlos teil!

ten. Wenn wir auf diese Möglichkeit hinweisen, meinen wir doch mit zweierlei Urhebende: politischer Art sowohl als auch freimäxer Natur. Denn unter den vielen Anführern, die sich unter dem Bandenamt ihrer politischen Hebung zu Gesandten hinziehen, ist es immer der, der von Natur roh und brutal ist und sich herumschleudert und nicht, wenn es eben nicht am Politik sein kann, dann eben wegen einer anderen Sache.

Das ist einmal eine flüchtige Ohreife für alle Befürworter des kapitalistischen Systems, das es mit sich bringt, daß Menschen lieber im Gefängnis wollen, als in der logenannnten Freiheit! Zum anderen aber ist auf diese Fälle schon gedacht, wenn überall, auch in Halle, verweigert die Behörden, die Wohlhabenden um, den aus dem Gefängnis entlassenen Klassenlosen jegliche Unterstützung.

Wegag-Direktion will den „Klassenkampf“ boykottieren

Der Geschäftsführer einer Wegag-Filiale erklärte einem Vertreter des Verlages „Klassenkampf“ seine weiteren Absichten zu gewahren. Begründet wurde dies damit, daß der „Klassenkampf“ für die Urheben in der Großen Wirtschaft die Verantwortung trage und durch die Urheben die Geschäfte auf das schwerste gefährdet wären.

Ein neuer Rektor an der Schiller-Schule

(Jungarbeiterkorrespondenz) Wie die bürgerliche Presse berichtet, soll der bekannte Stahlhelmer Dennhardt zum Rektor der Schiller-Schule befördert werden. Sie erinnern uns dabei bei Maßnahmen, die der Lehrer Dennhardt den Schülern gegenüber anzuwenden pflegte und die lange Zeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen.

Wir helfen richtig! In der fünften Zeile von oben, in der von dem Gewerkschaftsangehörten Wachsmann überlambden Verfassung, muß diese beginnen: Unwahre ist! Wachsmann hat Angaben auf Stiefel usw.

Reichsbannerarbeiter und Kommunisten aus dem Gewerkschaftshaus vertrieben

Das Gewerkschaftshaus in Halle auf dem Satz hat schon oft im Mittelpunkt der Erörterung von Arbeitern gestanden. Unschönend ist dieses aus den Gränden der Arbeiter geschaffene Gebäude nur den SPD, Gewerkschafts- und Reichsbannerbunden vorbehalten. Dafür gibt es immer neue Beispiele.

Es ist den Gewerkschaftsbänden wahrscheinlich auf die Kerne gefallen, daß die Arbeiter sich mit „Rot Front“ bekräftigen. Vor allem aber werden sie darin eine große Gefahr gesehen haben.

Es ist den Gewerkschaftsbänden wahrscheinlich auf die Kerne gefallen, daß die Arbeiter sich mit „Rot Front“ bekräftigen. Vor allem aber werden sie darin eine große Gefahr gesehen haben.

Mer gibt jenen Wachsmann, Sorgenfrel und wie sie alle heißen mögen, das Recht, in dieser Weise über die auf Kosten der Arbeiterbeit erbaute Räume zu verfügen? Diese Frage muß in alle Gewerkschaftsorgane in Halle und Umgebung aufgeworfen werden. Die Proleten dürfen sich dieses nicht gefallen lassen. Die Bürokraten sollen versichert sein, daß auch dieses Vorgehen dazu beitragen hat, die Distulion zwischen

den Reichsbannerarbeitern und den Kommunisten nach zu vertiefen. Als die Nazis in allen Orten die Gewerkschaftshäuser türmten, wurden die Proleten mit offenen Armen aus dem Haus aufgenommen. Reichsbannerleute und Kommunisten machten gemeinsam die Angriffe der feindlichen Behörden ab. Die Welle abgeklungen. Die SPD-Bürokratie hat mit dem Falschum ihre Fäden geschlossen und glaubt, jetzt auch die Proleten hinanzwerfen zu können.

Der größte Lump im ganzen Land ...

Selbstherrlich geht auch das „Klassenkampf“ auf dem Proseß ein, in dem der Genosse Brautisch wegen Bestätigung des Gewerkschaftsangehörigen Hermann und eines James getöteten zu 250 Part Geldstrafe verurteilt wurde. Den SPD-Bürokraten ist bei der ganzen Angelegenheit nicht ganz wohl, es muß zugegeben werden, daß außerordentlich bei einem Mann, der die beiden Fälle gemacht wurde. Die Gelegenheit wird aber gleich ausgenutzt, um gegen einzelne Reichsbannerangehörige, die wie feige Feiglinge sich im „Klassenkampf“ veröffentlicht haben, Drohung und offene Demagogik anzubringen.

Wenn dabei noch bemerkt wird, daß der Kommunist Käthe hätte abnehmen müssen, in dem Proseß mitzureden, so ist Ursache dafür nicht einzuholen. Lieber den von „Klassenkampf“ vorgehobenen „Tat“ des „Genossen“ Schauburg bei dem ähnlichen Geschehen hier zu sprechen, ist lieber in der gegebenen Form nicht möglich.

Auch das ist: Dank des Vaterlandes!

Einer schwerverkrankten Kriegswitwe kann alles geboten werden — Auch die Arznei wird von der künftigen Rente noch abgezogen

An Zeitungen für die Kriegswitwen und Kriegsinvalide können sich keine Rente leisten, aber auch diesen Cyphern des nachhaltigen Kapitalistischen Systems werden immer neue Opfer auferlegt, die Rente gekürzt usw.

Da wohnt in der Großen Wallstraße eine Kriegswitwe, Frau Schubert, die schon seit zwei Jahren krank ist und wegen ihrer ärztlich behandelten Schmerzen. Vor circa drei Wochen stellte sich heftige Schmerzen in der rechten Seite ein, so daß die Kranke, bei denen die Frau schon in Behandlung gestanden hatte, benachrichtigt werden mußten. Es kam dann auch Dr. Jafabbi, der nach seiner Untersuchung erklärte, daß er nichts finden konnte. Es wurde dann später Herr Dr. Wolf telefonisch hinzugerufen, der eine Gallenleidenliste feststellte und eine Medizin verordnete, die sofort lindernd auf die großen Schmerzen einwirkte.

Am nächsten Tage erklärte ein anderer Arzt der Klinik, der ebenfalls nichts feststellen konnte, dann aber etwas zu Einreiben und eine Therapie vorschlug. Ein bei Frau Schubert wohnender Unterhändlerempfänger ging nur zum Augenarzt und wollte den Arzneiheim unterhändler erhalten und zwar bei dem Dr. Wolf peronelle Arznei, die wirklich geholfen hätte. Dort wurde aber zurück erklärt, daß es gar nicht in Frage käme, daß solche Arznei nur Privatärzte verschreiben könnten!

Kriegswitwen und Hinterbliebenen sind also ansehend Menschen zweiter und dritter Klasse.

Es ist kein Wunder, daß mit solchen Entscheidungen die Empörung der Betroffenen auf das höchste steigend ist.

In der ganzen Zeit hat sich jetzt aber kein Arzt mehr leisten lassen. Frau Schubert ging deshalb jetzt selbst nach der Klinik wieder und wurde dann aus einem Zimmer in die andere gebracht, bis zum Hofsaal, wo Vorbereitungen getroffen wurden, die darauf hindeuten, daß der Wagen ausgepackt werden sollte, um Frau Schubert nach Hause zu bringen, wurde von Frau Dr. Schmitz keine weitere Behandlung verweigert.

Mit Miße und Not kam die Frau wieder nach Hause, mußte sich zu Bett legen und hatte sofort über 40 Grad Fieber.

Nachträglich hat sich dann ein Arzt bereit erklärt, die Frau wieder zu besuchen.

Bei der Auszahlung der Rente wurden 75 Pfennig die zuerst gebogene Rente in Höhe abgezogen. Als die Frau gegen monierte, wurde ihr einlaß erklärt.

Daß sie froh sein soll, daß nicht auch noch die Kosten für den Arzneiheim abgezogen wurden.

Da haben sie immer geschrien: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, in allen Tonarten und bei der nur möglichen Gelegenheit. Es ist ja auch nicht die einzige Kriegswitwe, die in derartiger Weise die Fürsorge des Staat zu spüren bekommt. Mit ihr teilen das Los Millionen von Hinterbliebenen und deren Angehörige. Ein sozialistisches Deutschland wird, wie es das Beispiel der Sowjetunion zeigt, hilflosbürtigen Verfalligen, den Opfern des Krieges und der bei nicht ausreichender Unterstützung, ärztliche Fürsorge usw. gemacht.

Verleumdung das Kampfmittel der SPD

Was so im „Kampfruf der Erwerbslosen“ zusammen getriebselt wird — Die Sabotage der Einheitsfront suchen Dumme zu fangen — SPD-Arbeiter müssen antworten!

Da meldet ein Sozialdemokrat E. Striekel, Halle, Satz 42.44, verantwortlich für ein Mäxtchen, das herausgegeben wird als „Kampfruf der Erwerbslosen“. Es ist nicht notwendig, allzumal dazu zu sagen, aber ein paar Tatsachen sollen festgehalten werden.

Daß der ersten Seite wird hervorgehoben versucht, wie die SPD für Winterhilfe „Kampfruf“. Es wird behauptet, daß ein kommunistischer Stadtverordneter in Sachen gegen einen sozialdemokratischen Antrag auf Unterstützungserhöhung gesagt haben soll: „An ein paar Mark mehr Unterstützung ist uns aus nichts gelegen. Wir wollen vielmehr, daß die Arbeitelosen mit revolutionärem Geist erfüllt werden.“

Das glaubt der Striekel selbst nicht! Wir möchten den sozialdemokratischen Arbeiter sehen, der angesichts der wirtschaftlichen Lasten eine solche wertlose Behauptung aufstellen könnte. Sind es nicht in allen Parlamenten und vor allem in den Gemeindefräaktionen die kommunistischen Vertreter, die Winterhilfsforderungen einreichen, dann aber feststellen müssen, daß sich die SPD-Vertreter fast überall gemeinsam mit den bürgerlichen gegen die Forderungen wenden. Darüber sollten die sozialdemokratischen Arbeiter einmal betragt werden.

An einer anderen Stelle wird von dem Genossen Stadner-owidien Herbert behauptet, daß er gesagt habe: „Wir können nicht auf den Kampf gegen SPD und Gewerkschaften verzichten, und darum lehnen wir die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ab.“ Stimmt werden hier die Tatsachen von Striekel auf den Kopf gestellt.

gebühren geknarrmt. Gleichgültig aber betonte Genoss Herbert, daß wir als Kommunisten mit aller Kraft zur Stärkung der roten Einheitsfront eintreten, daß wir bereit sind mit jedem Arbeiter, ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit, gemeinsam zu kämpfen, wenn es gewiß ist, den Kampf um die gemeinsamen Forderungen aus wirtschaftlich zu führen.

Wir fragen jeden SPD-Arbeiter:

Kann es mit Leipzig Einheitsfront geben, der in dem Genoss Stadner-owidien Herbert?

Einheitsfront mit Genossen, der am 20. Juli nur 1200 Mark Rentlohn pro Monat bedroht hat?

Oder, SPD-Arbeiter, Einheitsfront mit Noote, der sich einmal als Wirtschab der Kreuzalambn bezeichnet und der jetzt bei der Entscheidung über die Annahme im Reichstags-Stimme entlassen hat?

Selbstherrlich kann es mit den verbotenen Führern SPD und der Gewerkschaften keine Einheitsfront geben. Die Einheitsfront wollen wir aber mit allen sozialdemokratischen Arbeitern in Halle zu dem Kampf um die Winterhilfsforderung gegen Hunger und Frost, gegen jeglichen Lohnraub und Unterstützungsbau, um Kampf gegen den Kapitalismus, für sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsunterordnung.

Wenn dann in dem gleichen Statten noch einmal der Schaden aufgelistet wird, daß der Genosse Krumm in mit SPD-Arbeitern ein erfolgreicher Kampf um die Winterhilfsforderung geführt werden konnte, gegen jeglichen Lohnraub und Unterstützungsbau, um Kampf gegen den Kapitalismus, für sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsunterordnung.

Wenn dann in dem gleichen Statten noch einmal der Schaden aufgelistet wird, daß der Genosse Krumm in mit SPD-Arbeitern ein erfolgreicher Kampf um die Winterhilfsforderung geführt werden konnte, gegen jeglichen Lohnraub und Unterstützungsbau, um Kampf gegen den Kapitalismus, für sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsunterordnung.

Detektor-Apparate 3.50, 1.95, 0.85 Kopfhörer 3.50, 2.75 Detektor 0.70, 0.50 • Fahrrad-Möller, Schmalstraße

Ungeheuerliche Zustände in den faschistischen Arbeitsdienstlagern in Mitteldeutschland

Arbeiterjugend, mit wem kämpfst du?

Für das bankrotte und zusammenbrechende kapitalistische System — oder — für Freiheit, Arbeit und Brot im Sozialismus?



„Ich gehöre nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag etwas erzählen, daß sie das Salz der Erde und die Blüte der Nation sind. Das führt nur zu einer Ueberheblichkeit und zur Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar machte. Es gibt keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Bescheidenheit und Kameradschaft zu lernen, als die allgemeine Wehrpflicht. Der Staat hat sich der Dinge nicht angenommen. Das Kuratorium für Jugendberückung und die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes sind eben die staatlich unterstützten Sportvereine aller Art die Rechte dieser Bemühungen.“ Generali A. Schlicher.

Arbeitsdienstler werfen die Klamotten hin

Korrespondenz eines ehemaligen Arbeitsdienst-„Freiwilligen“ aus Merseburg

Wie in allen Gegenden der „freien Republik“ Deutschland, so hat man auch in Merseburg ein Arbeitsdienstlager eingerichtet. Unter dem Motto: „Freiwilliger Arbeitsdienst gegen Entschädigung“ gelang es dem Reichsausschuß, die Jugendlichen zu fesseln. Man verpackt uns täglich 10 Mark Entschädigung und sonst noch mehr. Als wir die Mitteilung erhielten, waren es nur noch 1.80 Mark und bei anderen Gruppen gar nur 1.60 Mark. Wir nahmen trotzdem die Arbeit an und dachten 10.80 Mark pro Woche sind doch besser als 4.65 Mark Wochlohn.

Nachdem wir circa 14 Tage gearbeitet hatten, erklärte man uns: Wir müssen euch täglich einmal warme Kost verabreichen. Das sollte natürlich wieder auf unsere Rechnung gehen. Wir wehrten uns geschloffen gegen diesen indirekten Lohnraub und lehnten unter diesen Umständen das warme Essen ab. Es kam noch besser. Hungert, ausgefressen und durchnäßt mußten wir täglich nach der Arbeitszeit eine Stunde am theoretischen Unterricht teilnehmen, so daß die Arbeitszeit insgesamt, einschließlich Pause, zehn Stunden betrug. Die Mühsamkeit unter uns liegt täglich. Wir erklärten, daß wir das nicht länger mitmachen. Man drohte uns immer mit Entlassung; da ging es wieder einige Wochen so weiter.

Am 14. Dezember erklärte man uns, es müsse endlich warme Mahlzeit eingeführt werden, auf unsere Kosten. Als wir wieder

hart meuterten, kam die Leitung mit den Ausschüßten: Vom Arbeitsamt Halle wird demnach kontrolliert, ob warmes Essen gegeben wird. Wenn nicht, dann wird das Lager aufgehoben.“ Am 16. Dezember wurde der erste Kaffee getrunken. Die Erregung unter den Kollegen wurde spürbar, weil wir uns von dem paar Pfennigen Verdienst nicht noch etwas für das Essen abziehen lassen wollten. Das schulfähige Nazistaffel in Halle beschimpfte uns daraufhin in der gemeinsamen Kette und nannte uns „verrottete und demokratisierte Jugendlinge“. Es gelang der Leitung nicht, uns den Kaffee aufzuschieben. Wir verlangten denselben sofort; das wurde nicht gemacht.

Am nächsten Tage gab es Tee. Die Empörung war so groß, daß einige Kollegen verschiedene Eimer voll ausschütteten. Es wurde davon gesprochen, daß die faulichen Zuschüsse für offene Lager nicht mehr gewährt würden. Der oberste Leiter erklärte uns, daß er mit dem Arbeitsamt Halle verhandelt habe und daß unter Drogen weitergeführt würde unter der Bedingung, daß wir täglich für 30 Pfennig Mittagessen annehmen. Wir lehnten nochmals ab. Daraufhin wurde uns erklärt, wir sollten politische Streikreden unterlassen und sinnen gehen.

Am nächsten Tage legten 25 Kollegen die Arbeit nieder mit der Erklärung, daß sie unter den gestellten Bedingungen nicht arbeiten werden.

WJ für Arbeitsdienst und Militarisierung

Die Führung des Reichsausschusses und des ADGB — an seiner Spitze mit den Funktionären der SPD, Höltermann, Gebhardt, treten offen für die Beteiligung an dem sogenannten „Reichskuratorium für Jugendberückung“ an der Seite der SA und des Stahlheims ein. Die Führer der WJ haben in ihrer Reichsausschüßung Anfang Dezember den Reichstag gefordert, monatlich die Mitglieder des Reichskuratoriums für Jugendberückung aus politischen und sozialen Gründen abzulehnen, dafür aber

Die Teilnahme der Sozialistischen Arbeiterjugend am Arbeitsdienst auch weiterhin aus sozialen und pädagogischen Gründen notwendig halten.“ (Zitiert aus dem „Vorwärts“.)

Dem Bericht über die Reichsausschüßung im „Vorwärts“ ist von der „Mittlere für die erwerbslose Jugend, belohnt in dem „Arbeitsdienst“, gelobt. Die Arbeiterjugend hat in dem Arbeitsdienstlagern immer klarer erkennen, was ihnen getrieben werden soll. Sie sehen, daß die Arbeitsdienstlager ein Mittel der Bourgeoisie zum Kampf um und gegen die junge Jugend sind.

Arbeitsdienst für Mädchen in Merseburg

In „Sorge“ um die Erwerbslosen in Merseburg, hat es dem Magistrat und dem Vaterländischen Frauenverein keine Ruhe gelassen, bis auch hier in Merseburg ein „freiwilliger“ Arbeitsdienst für junge Mädchen eingeführt wurde.

Wie weit die Freiwilligkeit geht, erkennt man daran, daß Mädchen, die Kinder im Alter von 4 Monaten bis 6 Jahren haben, nicht von der Arbeit verschont werden. Die kleinen Kinder benötigen bestmögliche Wartung und Pflege von Seiten der Mutter. Wo steht hier der „Sinn“ für Mutter und Kind?

Betrachtet man sich nun die Verhältnisse, unter denen die jungen Mädchen arbeiten müssen, so sind sie allerhand. Es geht 1.80 - 2.00 Mark für ihnen pro Arbeitszeit verprochen worden. In Wirklichkeit bekommen sie nur 1.50 Mark, davon gehen 0.50 Mark für Mittag- und Abendbrot ab, also erhalten sie pro Tag nur noch 1.- Mark bei sechsstündiger Arbeitszeit. Kein Mäd-

chen soll während den zehn Stunden die Räume verlassen. Aber auch hier werden Ausnahmen gemacht, d. h. mit denen, die vaterländisch gefimmt sind. Nur zwei Mädchen haben die Möglichkeit, die eine arbeitet nur halbe Tage und die andere geht zum Mittagbrot nach Hause. Die anderen dürfen es nicht, es sind nur Arbeitermädchen, die sich an die Bestimmungen halten müssen. Außerdem müssen dafür die benutzten Mädchen aus den Mund gehalten. Für die letzten Stunden ist noch vorgelesen, abends sind Singen, Lärmen, Balletarbeiten, aber auch der Paß für darf nicht fehlen, um keine Weisheit anzunehmen.

Die Damen, die fast jeden Tag zur Kontrolle kommen, fühlen sich offenbar schon im „Dritten Reich“. Sie verlangen, daß wenn sie erscheinen, die Mädchen sich von den Sägen erheben. Dies ist die Vorstufe für die Militarisierung der Frau.

Arbeitermädchen, wehrt euch dagegen, indem ihr gemeinsam mit den proletarischen und wertigen Frauen kämpft gegen diese schändlichen Ausbeuter!

Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterjugend bei der imperialistischen Umwälzung der Jugend für den Sozialismus

Dazu ist nach Ansicht der SA-Führer in erster Linie der Kampf um die einseitige Abgrenzung gegen die Kommunisten notwendig. Kein Kampf gegen die falschen Maßnahmen der Bourgeoisie, die sie zur Vertiefung und Sicherung der Arbeiterjugend durchführt, sondern in erster Linie gegen die Kommunisten. Statt sofortige Kampfmassnahmen werden, wird von „kulturellem Wollen und Handeln in der politischen Aktion“ gesprochen.

Es wurde in der Reichsausschüßung die Stellung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände in welchem ja bekanntlich die SA, gemeinsam mit den anderen imperialistischen und christlichen Organisationen, am weitesten geht. Dieser Reichsausschüß ist in einem Besonderen letzten Tagung in Soest:

Es verdient jedoch besonders festgehalten zu werden, daß es der Sozialistischen Jugendführer in Verbindung mit dem Kampfs für Nation als Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes eindeutig für sinnvolle Siedlung innerhalb der deutschen Grenzen im Osten des Reiches eingetreten wurde.“

Die imperialistische Jugendarbeit!

Die Führung des Reichsausschusses der SA, hat und konnte Maßnahmen gegen die imperialistischen Jugendverbände des Reiches abgelehnt werden, da sie ja die Maßnahmen des Reichsausschusses durch die aktive Teilnahme am Arbeitsdienst ablehnen. Die SA-Führer gehen denselben Weg wie die SPD: Reichspartei einerseits und Höltermann und Gebhardt andererseits.

Menchenhändler im Zeitzer Arbeitsdienstlager

U. A. Zeitz. Der Jungarbeiter Hans Hampf, Mitglied des Zeitzer Arbeitsdienstes, der in der W. o. r. i. t. b. u. r. g. untergebracht ist, wollte sich am Donnerstag vergangener Woche krank melden. Die Arbeitsdienstler mühen sich, die Kräfte in ihren Dünne zu erhalten, um sie zu benutzen. Die Arbeitsdienstler sind nur ungenügend bezahlt, und so ist es durchaus nicht verwunderlich, daß ein junger Teil der Jungarbeiter hier erkrankt ist. Auch das mangelnde Essen ist nicht ausreichend für einen ausgehungerten Proletenmagen.

Die Krankmeldung des Kollegen Hampf wurde harzig abgewiesen. Am Freitag hatte sich der Zustand von H. so verschlechtert, daß er sich beim Bedenken wieder allein vom Lager erheben noch anstreben konnte. Der Jungarbeiter G. r. ä. b. e. wollte auch jetzt noch nicht gehen, was es um den Kranken handelte. Er warf ihm Dürftigkeit, Bosheit und Faulheit vor und sagte, er „solle sich nicht verstellen“.

Hampf schleifte sich zur Arbeitsstelle (Straßenbauarbeiten außerhalb der Stadt), war aber nicht imstande, die Schaufel zu heben. Daraufhin ließ ihn der Jungarbeiter Gröbe in den Straßengraben. Als er hier hilflos liegen blieb und die Arbeit

nicht wieder aufnehmen konnte, wurde er endlich unter ablehnenden Redensarten des großen Jungführers nach der Arbeitsburg zurückgebracht.

Auch hier mußte Hampf mehrere Stunden bleiben, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte. Zwischenzeitlich legte bei dem Kranken bittiger Schiltbrief ein, und das Fieber stieg auf 38 Grad. In diesem Zustand wurde er vom Arzt sofort dem Krankenhaus überwiesen. Bis zum anderen Tage wurden die Eltern des jungen Kollegen von der Krankheit nicht in Kenntnis gesetzt. Am Montag morgen legte der Jungarbeiter mit 42 Grad Fieber daneben, er hat sich ereignislos in den Tod aufgelöst.

Am Laufe des Montag meldeten sich weitere fünf Arbeitsdienstler krank. Einige sind schon vor Tagen demontagelassen, weil sie den „freiwilligen“ Dienst unter den geschätzten Verhältnissen nicht mehr aushalten konnten.

Jungarbeiter im Arbeitsdienstlager! Organisiert den Widerstand gegen diese menschenwürdigen Zustände! Kämpft gegen die Arbeitsdienstpflicht in eurer Einzelkraft für Arbeit, Brot und Freiheit, für den Sozialismus!

Die imperialistische Abgrenzung — die nur gemacht wird, um die Arbeiterjugend zu fesseln

Die imperialistische Abgrenzung — die nur gemacht wird, um die Arbeiterjugend zu fesseln, und kann uns helfen. Nur gemeinlich in den Stempelstellen und Arbeitsdienstlagern kann dieser für Rettung vor Hunger und Frost organisiert und geführt werden. — Nordost mit uns die Öffnung der Speicher und Magazine, daß die 20 Millionen, die jetzt für das „Reichskuratorium“ ausgegeben werden, zur Rettung vor Hunger und Frost, für die Unterbringung, für die Winterkleidung, wie sie dem jugendbeschädigten der kommunistischen Reichsstaatsorganisation gefordert wurden, gegeben werden. Kämpft mit uns den geplanten Raub des Wahlrechts an 20 Millionen Jugendlichen.

Wir müssen auch die Bruderhand in Betrieb, im Arbeitsdienst, an der Stempelstelle mit uns auf der Straße zum Kampf. Die maximale Antifaschistische Aktion hat die gleiche Stelle, wie die Ergebnisse der letzten Wahlen bei uns haben, zum Stopp, teilweise um Rückgang gebracht. Die Arbeitsfront ist der beste Kampf, wenn den folgenden:

Wir müssen unsere Kämpfe nicht nur dem jugendbeschädigten, auch zum politischen Stempel aus helfen. Wir fordern aber unsere Kämpfe, die ihrer Ausgestaltung in den Arbeitsdienstlagern haben müssen, in gemeinsamen Arbeiterversammlungen zu sprechen und Kampfmassnahmen durchführen.

„Wir müssen sehen, daß der Faschismus durch vorgelassene Kameradschaftlichkeit in der Arbeitsdienstpflicht durch militärische Disziplin usw. diese Jugendschichten für den Kampf gegen das Proletariat und für den imperialistischen Krieg mobilisiert.“

Nur durch revolutionäre Kameradschaftlichkeit, durch wirkliche Liebe zur Jugendarbeit können wir unsere jungen Kampfgewossen erziehen und für unsere großen sozialistischen Ziele gewinnen. Das ist richtig. Wir müssen unsere Jugend wie unseren eigenen Augenpaß hüten. Wir müssen das politische Leben unseres Jugendverbandes zur höheren Entfaltung bringen. Zu allen entscheidenden Arbeiten unserer Partei muß das junge Element stärker herangezogen werden. Der Genosse Lenin hat 1905 in seinem Brief an Bogdanow folgendes geschrieben:

„Man braucht junge Kräfte, es gibt eine Unmenge von Leuten, man muß nur weitherziger und kühner, weitherziger und nochmal weitherziger und noch einmal kühner unter der Jugend werden, ohne sie zu fürchten. Es ist Kriegszeit, die Jugend wird den Ausgang des ganzen Kampfes entscheiden. Laßt die alten Gewohnheiten der Schwerfälligkeit des Respekts vor der Amtsperson, gründet aus der Jugend hunderte Zirkel und spornet sie an, mit aller Kraft zu arbeiten.“

Ernst Thälmann.



Januar erscheint wieder nach monatelanger Unterbrechung das Verbot der „Junge Garde“! — Werdet mit der revolutionären Jugendzeitung!

Januar erscheint wieder nach monatelanger Unterbrechung das Verbot der „Junge Garde“! — Werdet mit der revolutionären Jugendzeitung!



Freitag, den 23. Dezember 1932.

„Gegen bürgerliche Winterhilfe — für proletarische Solidarität!“

M.A. Sichertau. 73.— März sammelte die 3. Abt. Ortsgruppe Sichertau für die Aktion der proletarischen Solidarität für die Erwerbslosen. Von Tür zu Tür gingen die Genossen und diskutierten mit Kleinbauern, Geschäftsleuten und Proletariats über das Elend der Erwerbslosen. Ihre Sammlung war eine politische Arbeit. Die Sammlung des bürgerlichen Bürgertums ist immer an die Hauptammelstelle in Berlin, während die 3. Abt. Sichertau sofort dazu übergeht, die Schuhe der Erwerbslosen-Früher zu besorgen und Kleidung für sie herzustellen.

Sie verbindet diesen Solidaritätsbeweis mit dem Kampf um folgende Forderungen: Sofortige Unterbreitung der Familien, in denen Diphtherie ausgebrochen ist, durch die Gemeinde, Einführung der Schulspflicht, Beschäftigung eines Raumes als Wohnräume für die Erwerbslosen.

Sie wird in nächster Verbindung mit den Erwerbslosen für die Erfüllung dieser Forderungen eintreten.

Allen 3. Abt. Gruppen im Bezirk gibt die Ortsgruppe Sichertau die beste Beispiel dafür, welche Sammelergebnisse durch die Mitarbeit proletarischer Arbeiter und Frauen erzielt werden können und welche Straßenszene die Solidaritätsaktionen für die Erwerbslosen im Kampf um ihre Forderungen bedeuten. Die bürgerliche und bürgerliche „Winterhilfe“ soll, wie betonen Vertreter zugeben, die Erwerbslosen über der bürgerlichen Winterhilfe hinwegheben. Unsere Aktion der proletarischen Solidarität löst die Kampfkraft der Erwerbslosen auf, so daß sie in der Lage sind mitzukämpfen an der Bekämpfung der kapitalistischen Weltwirtschaftsform, am Aufbau des Sozialismus. Der alten Elend ein Ende bereiten wird.

Manstelder Kreise

Das war ein schwerer Schlag für die Nazis

M.A. Eperhardt. Die Veröffentlichung im „Klassenkampf“ am 13. d. Mts. hat in den betreffenden Kreisen heftige Reaktionen hervorgerufen. Wir betonen nochmals, daß alle darin enthaltenen Angaben im vollen Umfange der Wahrheit entsprechen. Nicht umsonst föhlichen die Nazis so gerüstet in den Straßen herum, sie sind wieder einmal an der empfindlichsten Stelle getroffen.

Genau besonders schimpft Frau Sammett und jagt ihr jedem, daß sie in der Kreise gemachten Anschuldigungen gegen ihren Ehemann demontieren will. Das dauert aber ziemlich lange, weil sie genau weiß, daß ihr Mann in Cöbauhen mit einem 7. J. S. B. verheiratet, die damals fahle die Schule verlassen hatte. Diese Tatsachen sind nicht abzuklären, nur werden uns nicht in Gefahr begeben, unverantwortliche Sachen zu berichten.

Wenn nun weiter behauptet wird, daß wir von unseren Genossen nichts in den „Klassenkampf“ bringen, so ist es eine Tatsache, daß es bis jetzt in unseren Reihen solche Elemente nicht gibt wie im Nazilager. Wenn weiter über Mauerwerk viel gesprochen wird, so sind nicht die Leute schuld, die die Dächer ausführen, sondern alle diejenigen, die an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems ein Interesse haben. Der Ehemann Sammett kann aber für seine Taten keine Mitschuldgründe in Anspruch nehmen. Er soll also nur Strafantrag wegen Betrug stellen, vielleicht hat die Oberstaatsanwaltschaft ein weiteres Interesse an dem ganzen Sache. Im übrigen aber soll dem Ehemann Sammett gesagt sein, daß wir in aller Kürze auch noch andere Nazigrößen unter die Lupe nehmen werden.

Aus dem Saalkreis

Nur die KPD vertritt die Werkstätten

M.A. Wöberau. Nachdem der Dorfjugendliche den Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion abgelehnt hatte, wurde derselbe auf energisches Drängen unserer Genossen nochmals in der ordentlichen Sitzung zur Verhandlung gebracht. Die SPD-Vertreter stimmten zwar diesem Winterhilfsantrag zu, doch der Gemeindevorstand erklärte, diesen Antrag beantragen zu müssen. Es begründete dies, indem er sich die Argumente des Landrats Sirischum zu eigen machte, daß die zur Dedung vorgeschlagenen Mittel für die Winterhilfe zur Dedung des Gehaltsbezuges des Gemeindevorstandes zu verwenden seien. Es wurde dann ein Beschluß gefaßt, wonach jeder Hilfsbedürftige Wehl, Brot und Mehlration im Höchstmaß von 3.— Mark erhalten solle. Unsere Genossen diskutierten nach wie vor auf der Durchführung ihres eingetragenen Antrages, wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den SPD-Vertretern kam auf Grund ihrer demagogischen Haltung während der Sitzung.

Die hungerigen Proleten haben immer einen guten Anknüpfungspunkt durch den Laßt der SPD bekommen. Das bewies auch die rege Diskussion, die nach der Sitzung aufgeführt wurde. Immer mehr erkennen die Proleten, daß die SPD weit entfernt ist, die Interessen der wertvollsten Schichten zu vertreten. Die einzige Partei, die hierfür die Garantie gibt, ist die kommunistische Partei!

Bitterfeld-Wittenberg

Der Magistrat sucht Stimmung zu machen

M.A. Bitterfeld. Die Stadt Bitterfeld hat doch eine wunderbare Veranlassung. Am Donnerstag vergangener Woche hat der Magistrat seinen Ehrlichbaum wieder aufgestellt zum Wohl der Erwerbslosen. Ausgerechnet in diesem Jahre, wo die Not der Erwerbslosen unermesslich geworden ist, wo den Erwerbslosen die Unterstützung immer mehr abgebaut wurde, wird direkt zum Hohne der Bürgenden ein Ehrlichbaum aufgestellt. Bei solchen Gelegenheiten spielen Rollen keine Rolle, während man auf der anderen Seite eine einmalige Unterstützung für die Erwerbslosen und Wohlhabenderen anbietet. Die Arbeiterchaft wird sich mit diesen Methoden näher beschäftigen müssen.

Werräfte von Bitterfeld, macht Schluß mit dieser Gefallschönung. Erst in einem sozialistischen Deutschland kann die Arbeiterchaft ein wirkliches Fest der Freude feiern.

Beidhärfter Terror gegen die Partei

Polizei zur Überwachung von Funktionärchen — Alles im Zeichen des „Burgfriedens“!

M.A. Heidenburg. Am 17. d. Mts. fand eine von der Bezirksleitung der Partei einberufene Kontrollkonferenz für Heidenburg und die umliegenden Ortsteile der KPD in Heidenburg statt. Schon bei Beginn der Sitzung wurde festgestellt, daß die Heidenburger Polizei in ihrer ganzen Stärke angeordnet war. Da nicht anzunehmen war, daß die Beamten ihren Eintritt in die KPD erklären wollten, wurde bis nach dem Grund ihres Besuchs gefragt. Es stellte sich dann heraus, daß der Bürgermeister 3 Mann den Auftrag dazu gegeben hatte.

Zwei Genossen wurden bei dem Stadtbürogebet wegen dieser Maßnahme vorstellig und erklärten, daß die Entsendung der Polizei insolge der vor kurzem erfolgten Aufhebung des Verbotsparagraphen in Heidenburg erfolgt wäre. Der Bürgermeister hatte anfangs den Auftrag, daß in Heidenburg die Parteipropaganda zu beginnen sollte. Schließlich erklärte er sich bereit, die dauernde Überwachung einzustellen, die Beamten sollten aber von Zeit zu Zeit eine Kontrolle durchführen.

Am 10. wurde erkrankte die amnestierten Parteifunktionäre, daß die Polizei schon nach einer Viertelstunde wieder erschien, diesmal sogar mit Verhaftung in den Person des Landjägers.

Die Hüter der Ordnung gingen dann dazu über, die Personen in sämtlicher Anwesenheit festzusetzen. Die Konferenz wurde unter Bewachung gestellt, wobei sich die Beamten von der „hochverraterrischen“ Tätigkeit der Kommunisten über die Anwesenheitsführungen des Genossen G. sehr aufmerksamer folgten!

Der Bürgermeister 3 Mann hat mit diesen Maßnahmen seinem Vorhaben gegen die Arbeiterchaft wirklich die „Rote“ als alle proletarischen Verhandlungen zu verbieten. Genosse G. zeigt damit, daß er die von dem „sozialen“ Genossen Schlicher geprägte Volksgemeinschaft und die angeforderten drakonischen Maßnahmen gegen die Kommunisten nicht gut finden und daß er gewillt ist, dieselben schon jetzt durchzuführen. Das beweist auch die am 15. 12. 1932 durchgeführte Demonstration bei einem Genossen, bemerkt auch die Überwachung der Konferenz. Es wird auch bewiesen durch die reißende Unterbreitung aller betriebl. Unterbreitung der Erwerbslosen gestellten Forderungen. Die Arbeiterchaft von Heidenburg und Umgebung ist die Bedeutung dieser immer schärfer einsehenden Maßnahmen der Terrormaßnahmen erkennen. Um so enger gilt es die Reihen zu schließen. Gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen in dieser Einheitsfront für die Befreiung dieser Verhältnisse, für die alle Arbeiter bezührenden Forderungen, für ein sozialistisches Deutschland.

Eingreifen gegen Nazis — kein Erfolg

So urteilt der Oberstaatsanwalt, wenn Nazis in starken Trupps Arbeiterwohnungen überfallen

Am 5. November verurteilte der parteilose Richter Karl Karus, Wittenberg, Udenstr. 8, einen nationalsozialistischen Klugabteilvertreter von seiner Tür. Der junge Bürche klagte sich dann ohne weiteres auf den alten Mann und würgte ihn am Hals, bis es Karus gelang, ihn an die frische Luft zu legen.

Wier Minuten später erschien der Angreifer wieder mit einem Naziberufungskommando in Stärke von 23 Mann und klatzte im Hausflur herum, daß die Familie Karus, die gerade beim Mittagessen lag, die Tür noch rechtzeitig perriegeln konnte. Nun verließen die Weibchen unter wüstem Geschrei die Tür einzuweichen, auch konnten sie so lange an ein Fenster, bis die Schelle geipfong. Man kann sich vorstellen, daß die Familie während der Zeit die größte Angst durchmachte, denn der Mord von Potempa und andere Nazi-Mordtaten boten genug Beispiele für den Verlaß solcher „Reude“.

Schließlich wurden die Nazis durch Postanten in ihrem Vorhaben gestört und zogen sich zurück. Karus beachtete sich sofort zur Polizei und erlatierte Anzeige. Die Antwort des Oberstaatsanwalts, die darauf einging, spricht Bände. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Oberstaatsanwalt Utschiff Torquay, den 6. Dezember 1932, 13. 1495. 32. Herrnat R. 4.

Auf Ihren Strafantrag vom 8. November 1932 gegen R. 4. und G. 4. 11. 11. wegen Hausfriedensbruchs hinsichtlich einguschreiten, bin ich nicht in der Lage. Der Beschuldigte G. 4. 11. 11. behauptet, von Ihnen, Ihrem Ehemann und Ihrer Ehefrau gewirkt zu haben und so sein. Das zwischen Ihnen und dem Hannemann eine Schlägerei stattgefunden hat, bestreiten auch

wurde unter Bewachung gestellt, wobei sich die Beamten von der „hochverraterrischen“ Tätigkeit der Kommunisten über die Anwesenheitsführungen des Genossen G. sehr aufmerksamer folgten!

Der Bürgermeister 3 Mann hat mit diesen Maßnahmen seinem Vorhaben gegen die Arbeiterchaft wirklich die „Rote“ als alle proletarischen Verhandlungen zu verbieten. Genosse G. zeigt damit, daß er die von dem „sozialen“ Genossen Schlicher geprägte Volksgemeinschaft und die angeforderten drakonischen Maßnahmen gegen die Kommunisten nicht gut finden und daß er gewillt ist, dieselben schon jetzt durchzuführen. Das beweist auch die am 15. 12. 1932 durchgeführte Demonstration bei einem Genossen, bemerkt auch die Überwachung der Konferenz. Es wird auch bewiesen durch die reißende Unterbreitung aller betriebl. Unterbreitung der Erwerbslosen gestellten Forderungen. Die Arbeiterchaft von Heidenburg und Umgebung ist die Bedeutung dieser immer schärfer einsehenden Maßnahmen der Terrormaßnahmen erkennen. Um so enger gilt es die Reihen zu schließen. Gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen in dieser Einheitsfront für die Befreiung dieser Verhältnisse, für die alle Arbeiter bezührenden Forderungen, für ein sozialistisches Deutschland.

Die Anwesenheit der Angehörigen der SEDW von Ihrer Hause stellt eine Straftat nicht dar.

Wenn bei dem Klopfen an die Fenster wirklich eine Schelle erklingt, so ist dies nur eine zufällige Schallbeobachtung. Eine solche ist nicht strafbar.

Bei jeder Schallbeobachtung vertritt die Erhebung der öffentlichen Angelegenheiten ein Erfolg und ich habe deshalb das Verbot eingeleitet.

Gen. Unterf. 11. 11. 11. Eine solche Entscheidung muß man zweimal lesen. Wie weit wohl die Staatsanwaltschaft gestellt, wenn irgendein Bürger in der gefährlichsten Weise von antisozialistischen Arbeitern bedroht gefaßt hätte? Nun, es ist ein weiterer Beweis für die „Objektivität“ der Justizbehörden.

Die Anwesenheit der Angehörigen der SEDW von Ihrer Hause stellt eine Straftat nicht dar.

Wenn bei dem Klopfen an die Fenster wirklich eine Schelle erklingt, so ist dies nur eine zufällige Schallbeobachtung. Eine solche ist nicht strafbar.

Bei jeder Schallbeobachtung vertritt die Erhebung der öffentlichen Angelegenheiten ein Erfolg und ich habe deshalb das Verbot eingeleitet.

Gen. Unterf. 11. 11. 11. Eine solche Entscheidung muß man zweimal lesen. Wie weit wohl die Staatsanwaltschaft gestellt, wenn irgendein Bürger in der gefährlichsten Weise von antisozialistischen Arbeitern bedroht gefaßt hätte? Nun, es ist ein weiterer Beweis für die „Objektivität“ der Justizbehörden.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter gegen Lohnraub

M.A. Hohenleipisch. Seit 14 Tagen stehen die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen im Kampfe um die Winterhilfsleistungen. Der Gemeindevorstand hat wohl alles anerkannt, erklärt aber, daß die Hilfe ausbleiben müßte, da kein Geld in der Gemeindekasse vorhanden ist. Die kommunistische Fraktion hat sofort die Forderungen zum Antrag erhoben und die Einberufung einer Dringlichkeitsitzung beantragt. Auch dieser Antrag wird vom Gemeindevorstand mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß es unmöglich wäre, die Sitzung einberufen, da kein Geld vorhanden ist. Die Fraktion sollte sich erst mit anderen in Verbindung setzen, um zu untersuchen, wo die Mittel aufgebracht werden können, dann sollte auch die Sitzung einberufen werden.

So hat die parteilose Schlichtung für die Erwerbslosen nichts als Hohn übrig. Das gleiche trifft aber auch die Betriebsarbeiter. Der 75 Mann starken Belegschaft der Firma Krüger u. Rie wurde durch Anschlag beknäuelgebet.

Am 1. Januar der Lohn um 10 und 15 Prozent gekürzt wird, obwohl die Belegschaft schon heute mit Hungerlöhnen nach Hause gehen muß.

Die Erwerbslosen haben sich in einer Solidaritätserklärung an die Belegschaft gewandt und betont, daß sie deren Kampf mit allen Mitteln unterstützen werden. Die Betriebsarbeiter in gemeinsamer Front mit den Erwerbslosen marschieren!

Letzte Kurzmeldungen

Brand im Weiskensfelder Polizeipräsidium

Heute morgen gegen 4 Uhr wurde der Turm des Mittelhauses des Weiskensfelder Schlosses, in dem das Polizeipräsidium des Regierungsbezirks Merseburg untergebracht ist, durch ein Feuer, das vermutlich durch Karajidung entstanden ist, eingestürzt. Die Kuppel mit dem Kupferdach ist völlig abgestürzt und herabgefallen. Einige Feuerwehreinheiten sind bei den Löscharbeiten tätig verfahren worden. In dem Gebäude selbst ist an einigen Stellen geringer Schaden entstanden.

Ein Bauerngut bei Croßen eingestürzt

Am Dienstag abend brach auf dem Merseburger Bauerngut im benachbarten Ahendorf ein Brand aus, der binnen kurzem das ganze Anwesen bis auf wenige Gebäudeteile ergriß. Die herbeigekallenen Feuerwehren aus der Umgebung, aus Ellenberg, Gera und Zeitz, mühten sich auf den Schutz des Wohnhauses, doch das jedoch durch die Wasserstrahlen erheblich gelitten hat. Der Viehbestand konnte bis auf einiges Kleinvieh erhalten werden. Verder ist bei den Löscharbeiten auch ein Gerater Feuerwehmann zu Schaden gekommen. Der Mann wurde von einem Stielbalken erfaßt und trug außer Brandwunden einen Unterschenkelbruch davon, so daß sich die Überführung ins Gerater Krankenhaus erforderlich machte. Der Brandschaden ist erheblich, die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

Weiskensfeld. Straßenausbau im Kreise Weiskensfeld. Der kommunistische Kreisausschuß genehmigte in seiner Sitzung am

Sonnabend die Rechnung der Kreis-Kommunalkasse des früheren Kreises Kaumburg für 1930 und den von einer Kreisratstagung beschlossene nach Stolzenhain, ferner die Aufnahme einer 750 Mark-Anleihe. — Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein bei der gemaltigen Erwerbslosigkeit.

Wesau (Kr. Weiskensfeld). Tankwagen explodiert. Der Niederrheinischer Fabrik geriet ein mit Nitroöl gefüllter Tankwagen durch Funkenflug in Brand und explodierte. Verletzt wurde niemand.

Waffen (Kr. Merseburg). Tapferes Mädchen. Die Schülerin Ruth Gajath hat mit ihren 12 Jahren schon wiederholt Mut und persönlichen Mut bewiesen. Im vorigen Jahre wurde sie durch die Heftige Schmelze mit einer älteren Freundin Schlitzen auf dem Leib umher. Wüßlich brach der Schlitzen auf die Giesede. Ruth G. ließ hinzu und brachte beide Mädchen von angelegentlich Bemühungen wieder aus Troden.

Wesfeld (Kr. Merseburg). Die Leiche im Kastelwagen. Auf einem Wege zwischen Roden und Rippand wurde ein Kastelwagen ein Mann erschossen aufgefunden. Der Leiche wurde ebenfalls eine schwere Schußverletzung auf, auf die noch schmale Lebenszeichen von sich. Er wurde in ein Lazarett Krankenhaus gebracht. In dem Wagen wurde ein Revolver gefunden. Der Leichnam gehört der Firma Gerbert Reiter, Zeitz-Lunda. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Eilertswerde. 30 Zentner Karssen auf dem Feld. Bei dem Zusammenstoß zweier Kraftwagen auf der Kampthausen Wella und Wüßelberg wurde der Wagen in die Wägen geladen hatte, aus dem Schlimmbeden auf den Boden worden. Hilfsfreie Zuschauer holten aus der nachgelassenen Niederung Wasser herbei, so daß die Weidmännstärken um dieses Element einverleibt werden konnten, besser gelaut, als wegen der zehnjährigen Bourgeoisie.

Wesgers (Kr. Torquay). Die Unterfahrlagen des Bauern abermals vor Gericht. Der frühere Bauer, der des höchsten Bankrottes, der Tropfen Reibhardt, ist, geriet am 8. vom Torquayer Schlichtergericht zu einem 3000 Reichsmark verurteilt worden. Der Verurteilte hatte das ihm gefaßte Vertrauen stark mißbraucht und im Laufe der Jahre 26 000 Reichsmark unterfahrlagen. Da er gegen das Urteil Berufung einlegte, wurde Sache vor der Torquay 1. Strafkammer zur Verhandlung, die die Berufung zurückwies.

Wannaburg (Kr. Torquay). Freitod im Walle. Eine Eibe wurde die Leiche der 30 Jahre alten Ehefrau von W. von W. gelandet. W. von W. hatte nach die aus Nahrungsmitteln seinen Leben ein Ende gemacht.

Wesler. Ein 67-jähriger tödlich überfahren. 67 Jahre alt Schmitz Wilhelm Brenne wurde, als er mit dem Fahrrad den Bahndübergang bei Reham passierte hatte, von einem Personenauto aus Niedergang angefahren. Er erlitt bei dem einen Schadelbruch und starb kurz nach dem Unglück.

Gummi-Bieder-Beschluna

Gummi mit Nocken

In der... Am 1. Fe... Am 2. Fe... trühnung... Am 2. Post... Vom Ko... der Jahre... Unto... We... Math... Rot, Weis... Katt... St... Altmarkt... Verkau... Zerk... Schuh... elson